



OSTDEUTSCHLAND ALS AVANTGARDE?

Transformationsprozesse in Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

ISBN 978-3-95861-221-1

HERAUSGEBERIN:

Franziska Richter

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Berlin

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

AUTORIN:

Dr. Angela Borgwardt

REDAKTION:

Franziska Richter und Dr. Angela Borgwardt

FOTOS:

Reiner Zensen: Veranstaltung „Ostdeutschland als Avantgarde?
Transformationsprozesse in Politik und Wirtschaft in der Debatte“

Jens Schicke: Veranstaltung „Vorwärts und nicht vergessen?“

30- bis 40-Jährige reflektieren die Deutsche Einheit“

Foto Cover, S. 10/11: picture alliance

GESTALTUNG: Andrea Schmidt • Typografie/im/Kontext

DRUCK: Druckerei Brandt

Gedruckt auf Profisilk (Umschlag) und Claro Silk (Inhalt).

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien
ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© 2015 • Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Berlin • www.fes.de



Dieses Projekt wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.

INHALTSVERZEICHNIS

- 7 **VORWORT**
Franziska Richter, Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Angela Borgwardt, Wissenschaftliche Publizistin
- 11 **I OSTDEUTSCHLAND ALS AVANTGARDE?**
Transformationsprozesse in Politik und Wirtschaft
in der Debatte
- 13 **EINFÜHRUNG**
Franziska Richter
- 17 **Die langen Wege der deutschen Einigung. Unsicherheiten
und ihre Bewältigung nach dem Umbruch von 1989/90**
Vortrag
Prof. Dr. Everhard Holtmann
Forschungsdirektor des Zentrums für Sozialforschung Halle (ZSH)
- 27 **Ostdeutschland als Avantgarde?**
Podiumsdiskussion
Zusammenfassung von **Dr. Angela Borgwardt**
- 71 **II VORWÄRTS, UND NICHT VERGESSEN?**
30- bis 40-Jährige reflektieren die Deutsche Einheit
- 73 **EINFÜHRUNG**
Franziska Richter
- 77 **25 Jahre später – Was war, was ist, was bleibt?**
Vortrag
Iris Gleicke, MdB
Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
und parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für
Wirtschaft und Energie
- 87 **Reflexionen über die Deutsche Einheit und
25 Jahre Transformationsprozess**
Gespräch
Analytische Kommentare von **Dr. Angela Borgwardt**

Vorwort

Das Thema „Deutsche Einheit“ ist in der öffentlichen Debatte gegenwärtig sehr präsent. Im Herbst 2015 begehen wir das 25. Jubiläum der deutschen Wiedervereinigung: 25 Jahre einer tief greifenden Transformation liegen hinter uns, aber auch des „Zusammenwachsens“ von Ost und West, das zugleich als ein „Zusammen Wachsen“ beschrieben werden kann. Was haben wir erreicht, wo stehen wir heute und was ist noch zu tun?

Das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich diesen Fragen aus zwei Perspektiven genähert, die unterschiedlicher kaum sein könnten: aus wissenschaftlicher und aus subjektiver Sicht. Dahinter steht der Gedanke, dass nur in einer Verbindung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und persönlichen Erfahrungen die Chance besteht, historische Ereignisse zu verstehen, die Gegenwart zu analysieren und gemeinsame Wege in die Zukunft zu entwickeln.

In der Diskussionsrunde **„Ostdeutschland als Avantgarde? Transformationsprozesse in Wirtschaft und Politik in der Debatte“** am 10. Oktober 2014 stand die wissenschaftliche Perspektive im Mittelpunkt: Welche Erkenntnisse hat die Wissenschaft über die Deutsche Einheit und den Transformationsprozess inzwischen gewonnen? Das Gespräch wurde auf die Frage zugespitzt, ob die neuen Bundesländer aufgrund ihrer Transformationserfahrungen den westdeutschen Bundesländern in einigen Bereichen voraus sind und ob die Ostdeutschen spezifische Potenziale in die gesamtdeutsche Entwicklung eingebracht haben bzw. noch einbringen können.

In der Gesprächsrunde **„Vorwärts, und nicht vergessen? 30- bis 40-Jährige reflektieren die Deutsche Einheit“** am 23. Mai 2014 stand die subjektive Perspektive im Fokus: Welche persönlichen Erfahrungen verbinden die Menschen in den alten und neuen Bundesländern mit der Deutschen Einheit und dem Transformationsprozess? Und welche Ziele und Wünsche haben sie in Bezug auf die künftige Entwicklung? Hier wurden die Erfahrungen und Reflexionen der 30- bis 40-Jährigen in Ost- und Westdeutschland näher betrachtet – also jener Generation, die in Zukunft die Geschicke unseres Landes lenken wird.

In der vorliegenden Publikation sind wesentliche Ergebnisse der beiden Gesprächsrunden, die im Roten Salon der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin stattfanden, festgehalten. Auch bei der Art der Darstellung sind wir unserem Konzept gefolgt, die wissenschaftliche und die subjektive Perspektive zu verknüpfen. Die erste Veranstaltung wurde thematisch-analytisch aufgearbeitet, indem die – durchaus verschiedenen – Antworten der Diskussionsteilnehmenden auf bestimmte Fragen konzentriert und inhaltlich gebündelt wurden. In der zweiten Veranstaltung sollte den individuellen Erfahrungen möglichst viel Raum gegeben werden. Deshalb kommen die Diskutierenden mit ihren vielfältigen Sichtweisen in ihrer eigenen Sprache zu Wort. Die Zitate werden begleitet von analytischen Kommentaren, die einen roten Faden durch verschiedene Themen ziehen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude und spannende Einsichten bei der Lektüre!

Franziska Richter

Forum Berlin der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Angela Borgwardt

Wissenschaftliche Publizistin

OSTDEUTSCHLAND ALS AVANTGARDE?

Transformationsprozesse in Politik
und Wirtschaft in der Debatte



Einführung

Franziska Richter

Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung



In der Diskussionsrunde „Ostdeutschland als Avantgarde? Transformationsprozesse in Politik und Wirtschaft in der Debatte“ haben wir nach den Transformationserfahrungen und Transformationsleistungen in den letzten 25 Jahren gefragt. Gerade die Menschen in Ostdeutschland mussten diesbezüglich große Leistungen erbringen. In den nächsten Jahren werden neue Anforderungen hinzukommen, beispielsweise durch den fortschreitenden demografischen Wandel. Zudem läuft 2019 der Soli-darpakt aus und im gleichen Jahr endet der bisherige Länderfinanz-ausgleich.

Wir haben mit Akteuren der politischen Praxis und der Wissenschaft die vielfältigen Transformationsprozesse in Politik und Wirtschaft beleuchtet. Wo stehen wir heute und welche Wege sind noch zu gehen?

Zu diesen Fragen gibt auch der Jahresbericht zum aktuellen Stand der Deutschen Einheit wichtige Hinweise, der 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In der Gesprächsrunde wurden die wirtschaftlichen und sozioökonomischen Entwicklungen nachgezeichnet, die ostdeutsche Parteienlandschaft analysiert und die nötigen Instrumente für eine weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland diskutiert.

Warum haben wir für den Veranstaltungstitel den Terminus „Ostdeutschland als Avantgarde“ gewählt? Der Ausdruck „Avantgarde“ stammt ursprünglich aus der französischen Militärsprache und bezeichnet die „Vorhut“, also denjenigen Truppenteil, der als erster vorrückt. Im weitesten Sinn wird der Avantgarde eine Vorreiterrolle zugewiesen. Der Soziologe Wolfgang Engler hat diesen Begriff für Ostdeutschland geprägt. In seinem gleichnamigen Buch von 2002 schilderte er die Auswirkungen des Umbruchs in Ostdeutschland auf die Arbeitswelt, die Privatsphäre und das Verhalten der Menschen, auch im Miteinander. Seine These war folgende: Ostdeutschlands Bestimmung ist nicht das Nachahmen fertiger Gesellschaftsmodelle, sondern das Erfinden neuer Formen von gesellschaftlichem und persönlichem Leben.

Wir wollten diesen Gedanken aufgreifen und im Jahr 2015 fragen: Wo steht Ostdeutschland heute? Welche Erfolge sind zu verzeichnen? Wo gibt es Nachholbedarf? Sind die neuen Bundesländer aufgrund ihrer zahlreichen Transformationserfahrungen den westdeutschen Bundesländern voraus bzw. können sie aufgrund spezifischer Potenziale „Avantgarde“ in der gesamtdeutschen Entwicklung sein?

Die langen Wege der deutschen Einigung. Unsicherheiten und ihre Bewältigung nach dem Umbruch von 1989/90

VORTRAG

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Forschungsdirektor des Zentrums für Sozialforschung Halle (ZSH)

Warum trägt mein Vortrag diesen Titel? Er ist zum einen im Rückblick auf nunmehr 25 Jahre gesamtdeutsche Entwicklung begründbar, zum anderen beruht er auf der Annahme, dass die Einheit sicherlich noch eine längere Wegstrecke vor sich hat, bevor ein tatsächlicher Abschluss festgestellt werden kann. Die „langen Wege“ sind keineswegs beendet, nur weil dieses Datumjubiläum stattfindet. Ich möchte ein Beispiel dafür geben, dass das auch die beteiligten Akteure so wahrnehmen: Vor zwei Jahren haben wir im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Expertenbefragung in Ostdeutschland durchgeführt. Dabei stellten wir den Experten unter anderem die Frage, wann aus ihrer Sicht die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland wohl erreicht sei. Fünf Prozent der Befragten meinten, 2015 sei ein realistisches Enddatum. 85 Prozent waren der Ansicht, dass erst noch einiges geschehen muss, bis diese Angleichung erreicht ist. Selbst der wesentlich längere Zeithorizont von 2040 konnte diese Skepsis nicht ganz beseitigen. Aber immerhin waren schon 54 Prozent der Ansicht, dass man bis 2040 vielleicht von einer wirklichen Angleichung reden könne.

Somit kann festgestellt werden: In Bezug auf den Endpunkt der Einigung herrscht ein Gefühl vor, individuell wie gemeinschaftlich, das ich als Ungewissheit bezeichnen würde. Damit komme ich zu meinem analytischen Ansatz, den ich Ihnen heute kurz vorstellen möchte.



UNGEWISSHEIT ALS ZENTRALES ELEMENT

Ungewissheit ist aus meiner Sicht ein Element, das den Vereinigungsprozess von Anfang an begleitet hat, ihn wesentlich prägte und bis heute noch virulent ist. Dies bestätigen auch jüngere Umfragen. Nach einer Umfrage des Instituts für Allensbach im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion ostdeutscher Tageszeitungen wurde die Zeit um den Mauerfall eher als beängstigend, als ungewiss empfunden. Ungewissheit ist eine Größe, die sich dann gewissermaßen eingeschlichen hat und ein entsprechendes gesellschaftlich weit verbreitetes Zeitgefühl beinhaltet.

Warum gehe ich von Ungewissheit aus? Was sagt uns diese diffuse Befindlichkeit? Ich gehe von diesem Begriff aus, weil man von hier aus das Handlungsfeld rekonstruieren kann, das sich 1990 herauskristallisierte und sich seitdem in gewisser Weise verlängert hat. „Ungewissheit“ steht als eine Chiffre für das, was man als eine Logik des Einigungsprozesses begreifen kann: eine Logik, die im Handlungsfeld herrscht und von den Handelnden auch aufgenommen wurde.

BEGRIFFLICHE KLÄRUNGEN: UNGEWISSHEIT, UNSICHERHEIT, RISIKEN

Zu Beginn noch eine notwendige definitorische Klarstellung: Wir sind in unserem Forschungsverbund, zu dem neben der Universität Halle auch die Universität Jena gehörte, interdisziplinär vorgegangen. Unser kategorialer Ausgangspunkt war, dass „Ungewissheit“ gewissermaßen der Oberbegriff ist für all das, was hier in Rede steht, und dass sich dann als Unterbegriffe, die entsprechend differenzierte Handlungslagen und Handlungsanforderungen kennzeichnen, „Unsicherheit“ und „Risiken“ einstellen.

Unsicherheit ist der härtere Grad der Ungewissheit. Dabei sind sowohl die Betroffenen, als auch der Zeitpunkt und die Handlungsfolgen eines Problems unwägbar. Das ist sicherlich in der unmittelbaren Umbruchsituation gehäuft aufgetreten. Ich kann das Thema jetzt nur in groben Zügen skizzieren. Die Annahme, die ich Ihnen zugleich auch als Erklärungsmuster anbiete, lautet: Mit dem Fortgang der deutschen Einigung haben sich Situationen und Problemlagen, die als unsicher in diesem härteren Grad gekennzeichnet werden können, zunehmend in Risiken verwandelt. Nach unserem Verständnis unterscheiden sich Risiken von Unsicherheit dadurch, dass die Handlungsfolgen besser eingeschätzt werden können, die Betroffenheiten stärker erkennbar sind und der Umgang mit solchen Ungewissheiten besser möglich ist. Die Risiken, das sind die niederschweligen Herausforderungen, die sowohl für die Betroffenen als auch für die Politik besser handhabbar sind. Es gibt also Gradationen, Abstufungen von Ungewissheit. Risiken und Unsicherheit sind zwei Unterfälle dieses Oberbegriffs.

DREISTUFENMODELL DES SYSTEMWECHSELS

Vor dem Hintergrund dieser Skizzierung einer Handlungslogik des Einigungsprozesses denken wir, dass sich der Prozess des Systemwechsels als ein Dreistufenmodell darstellen lässt: Es beginnt mit der Phase des unmittelbaren Umbruchs, der Transition. Anschließend folgt die Phase

der Transformation, in der schon wieder stärker Überlegtheit, Rationalität einzieht, bis hin zur Phase der Posttransformation, wo Umbruchgesellschaften, zu denen ja keineswegs nur die ostdeutsche gehört hat und immer noch gehört, gleichsam in ruhigeres Fahrwasser kommen.

Was sind die wichtigsten Kennzeichen der unmittelbaren Umbruchsphase, der Phase der Transition?

- Die alte Macht wird moralisch abgewertet. Für die handelnden Akteure – und zwar sowohl für jene, die noch herrschen, als auch für jene, die die Herrschaft infrage stellen – sind folgende Handlungsweisen typisch: Improvisation, spontane Aktionen, auch kalkulierte Regelverletzungen. Man schöpft Mut, um bestimmte, vorher gezogene Grenzen zu überschreiten.
- Typisch ist auch die sogenannte schöpferische Zerstörung von hergebrachten Institutionen. In der DDR gehörte zum Beispiel das in der SED betriebene Vorrücken der Leitungskader der zweiten Reihe in die vakant gewordenen Führungspositionen dazu, die Auflösung der Stasi oder die Veränderungen im Innern der Blockparteien. Solche Entwicklungen beinhalteten Elemente einer schöpferischen Zerstörung und haben in einer ganzen Reihe von Institutionen zur Transition beigetragen.
- In dieser Phase kommt es zum Verlust des Herrschafts- und des Ideologiemonopols der alten Staatsmacht, im ostdeutschen Fall der Einheitspartei SED.
- Für diese unmittelbaren Umbruchszeiten ist zudem typisch, dass der alte Staatsapparat in einem hohen Maße in Handlungsstarre und auch in eine Art vorlaufende, vorauseilende Anpassung verfällt. Man bekommt sozusagen Angst, wird unsicher; hier passt der Begriff. In der DDR kam es einerseits zum Verfall des Parteiensystems der Nationalen Front. Andererseits, das wissen wir auch aus früheren Studien, hatten die Ostdeutschen längst eine Art virtuelle, also über die Ferne hinweg aufgebaute Identifikation mit dem westdeutschen Parteiensystem entwickelt.
- Schließlich, auch das gehört dazu, gibt es institutionelle Zwischenlösungen: Bürgerkomitees und die berühmten Runden Tische, die nicht wegzudenken sind als eine Art beschleunigender Faktor in



der Umbruchsituation. Diese danken dann aber auch ab, und zwar aus guten Gründen – in dem Maße nämlich, wie in der Phase der nachfolgenden Transformation die neue Institutionenordnung in Geltung gesetzt wird. Das bedeutet unter anderem Gewaltenteilung und rechtsstaatlich gerahmte wie parlamentarisch legitimierte Kontrolle der Macht, was für den Runden Tisch bekanntermaßen nicht zutraf.

Was ist für die Transformationsphase kennzeichnend?

- Es kommt zu einer dauerhaften Einsetzung und Durchsetzung neuer Strukturen, neuer Normen und neuer Regeln. Das ist der vielbeschriebene, auch entsprechend abgesicherte Institutionentransfer von West nach Ost – womit nicht ausgeschlossen ist, dass sich im Zuge und im Ergebnis dieses Transfers auch ostspezifische Besonderheiten bemerkbar gemacht haben. Das bedeutet: Transferiert werden der soziale und der bundesstaatliche Rechtsstaat mit kommunaler Selbstverwaltung, die soziale Marktwirtschaft, auch die korporativ regulierten Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeit und Kapital, für die die Geschichtswissenschaft den Begriff des „Rheinischen Kapitalismus“ geschaffen hat, die im Osten aber teilweise auch ohne Tarifbindung umgesetzt wurden.

- Es kommt zur Entfaltung und Ergänzung der neuen Rechtsordnung, zum Teil gibt es auch schon Reparaturgesetze. Man merkt in dieser Transformationsphase, dass die westdeutschen Normen nicht so ohne Weiteres eins zu eins übertragen werden können. Das ist nicht ganz passfähig, etwa im Bereich des Altschuldenhilfegesetzes, wo schon sehr früh diese Reparaturgesetzgebung erfolgt. Hier wird deutlich, dass man es schon mit der Risikoebene zu tun hat, denn das ist vergleichsweise berechenbar.
- Es werden neue politische Weichenstellungen verrechtlicht, zum Beispiel Rückübertragung von Vermögen, die Altschuldenhilfen und dergleichen mehr. Und: Die Entwicklungspfade – „lange Wege“ – der Einigung werden nun auch deutlicher sichtbar und zum Teil auch vorhersehbar, unter anderem durch die Praktizierung von Problemlösungen, die häufig wiederholt werden. Es stellen sich in der Praxis sogenannte musterhafte Lösungen ein, an denen man festhält, die man immer wieder anwendet. Dadurch erfährt man auch ein höheres Maß an Handlungssicherheit, sei es in der Bürokratie, im Betrieb oder in anderen gesellschaftlichen Feldern.

Betrachten wir zum Schluss die **Posttransformation**. Was ist für diese Phase typisch?

- Hier wandelt sich nochmals das Management der Unsicherheiten. Es sind zwar nach wie vor riskante Auswahlentscheidungen zu fällen, etwa „Gehe ich da oder dort hin?“, aber nun nicht mehr bei den sogenannten Altlasten. Vielmehr geht es vermehrt darum, die Folgewirkungen einigungsbedingter Lösungen sozusagen der ersten Generation zu beheben. Das betrifft dann zum Teil auch die Gesetzgebung, aber nicht nur diese.
- Insgesamt stabilisieren sich in dieser Phase die neuen Basisinstitutionen auch gesellschaftlich. Der Institutionenwandel, der schon im Großen vollzogen worden ist, wird verfeinert. Es kommt zu kommunalen Gebietsreformen, nachdem man zunächst einmal die kleinteilige kommunale Szene der DDR – aus verschiedenen Gründen – unter eine Art „Artenschutz“ gestellt hatte.
- Weiterhin kommt es auch zur Privatisierung, etwa von Formen der Daseinsvorsorge.

- Zudem vollzieht sich ein Eintritt in eine – das mag provozierend klingen – „normalisierte Ungleichheit“. Was ist damit gemeint? Das Schicksalskollektiv der Einigungsverlierer, in das alle möglichen Akteure Eingang gefunden haben, löst sich allmählich auf. Das heißt, hier findet eine Differenzierung statt. Jetzt kommt es, etwa durch die Umstellung des Bildungswesens, vermehrt zu einer sozialen Differenzierung aufgrund individueller Leistung: Wer besser gebildet ist, wer auch ein höheres Leistungsvermögen an den Tag legt, der hat zumindest größere Chancen aufzusteigen. Das haben wir als „normalisierte Ungleichheit“ bezeichnet. Vielleicht ist das eine etwas unglückliche Bezeichnung, weil sie nahelegt, dass man Ungleichheit für eine Art von Unabweisbarkeit hält. Ich denke aber, dass freie Gesellschaften, Leistungsgesellschaften, ohne leistungsabhängige Ungleichheit gar nicht auskommen werden.
- Es kommt zu einem steigenden Problemdruck. So gibt es wachsende Probleme durch Umweltfaktoren, die nicht mehr einigungsbedingt sind. Weitere Stichworte sind Abwanderung, demografischer Wandel, Finanznot der Städte, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, der Einbruch 2007/2008.
- Und, das habe ich auch selbst im Rahmen meiner längeren Tätigkeit in diesem Forschungsfeld gelernt: Es kommt zu einer Aktivierung von in der DDR noch erlernten sozialen Solidarzusammenhängen. Das betrifft sowohl die Familie intergenerativ als auch den Betrieb.



OSTDEUTSCHLAND ALS AVANTGARDE?

Zum Abschluss möchte ich ausschnitthaft bzw. exemplarisch etwas zu Ostdeutschland als Vorreiter sagen. „Ostdeutschland als Avantgarde?“ – Ja. Das gibt es. Ich nenne zwei Beispiele, wobei ich das letzte Beispiel in zwei Vorreiterrollen unterteile: in eine bedenkliche und eine weniger bedenkliche.

Bei der Geschlechterrollenorientierung hat der Osten eine Vorreiterrolle übernommen.

Die Geschlechterrollenorientierung ist meines Erachtens ein positives Merkmal, wo der Osten Vorreiter ist. Gar nicht mal so sehr aufgrund der Tatsache, dass die Frauenerwerbstätigkeit in Ostdeutschland signifikant höher gewesen ist: 92 Prozent der ostdeutschen Frauen waren erwerbstätig. Sondern auch deshalb, weil die ostdeutsche Gesellschaft – und zwar bemerkenswerterweise nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer – mit einer Geschlechterrollenvorstellung in das gesamte Deutschland hineingegangen sind, die zu einer deutlichen Verlagerung vom traditionellen Pol in Richtung des modernen Pols beigetragen hat. Man sieht, dass sich das Geschlechterrollenverständnis zwischen 1991 und 2008 bei Männern wie bei Frauen im Osten signifikant in Richtung der modernen Auffassung verändert: Anerkennung der Doppelfunktion von Familie und Beruf, Wertschätzung einer entsprechenden Berufstätigkeit der Frau. Da liegen von Anfang an die Männer und die Frauen in Ostdeutschland gar nicht so weit auseinander. Die ostdeutschen Frauen und Männer gehen auch im Gleichschritt stärker in die Moderne. Interessant ist: Die Westdeutschen folgen ihnen nach. Die westdeutschen Männer und Frauen sind 1990 auf einem relativ niedrigen Grad dieser Modernität angesiedelt. Aber 2008 ist hier eine Art Nachholprozess festzustellen. Das Geschlechterrollenverständnis ist meines Erachtens etwas, wo der Osten – wenn man das so plakativ sagen darf – wirklich eine Art Vorreiterrolle für die gesamtdeutsche Gesellschaft übernommen hat.

Das zweite Beispiel: Arbeitsplatz und Beschäftigungssicherheit. Positiv würde ich hier erwähnen, was die Experten in der eben genannten Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt haben. Ich zitiere unsere damalige Analyse: Einen gewichtigen Vorsprung Ostdeutschlands, der sich im Feld von Arbeit und Wirtschaft positiv bemerkbar macht, besitzen die ostdeutschen Länder nach der Wahrnehmung dieser Befragten quer durch alle Expertengruppen vor allem in Gestalt der allgemeinen Lebenseinstellung, der Arbeitsmoral und der Unternehmenskultur. Diese Grundorientierung der Menschen wird – in der Formulierung der Antworten variierend, aber in der Tendenz übereinstimmend – folgendermaßen beschrieben: offen, veränderungsbereit, innovativ, kreativ, und gekennzeichnet durch hohe Motivation und unverbrauchten Idealismus. Dieses setzt sich konkret um in eine vergleichsweise größere Anpassungsflexibilität und Innovationsoffenheit auch und gerade bei Unternehmern wie bei Arbeitnehmern.

Nun sollte man nicht so tun, als ob gerade im Bereich der Arbeitsplatz- und Beschäftigungssicherheit nun alles in Butter sei. Es gibt ja auch bedenkliche Vorreiterfunktionen des Ostens. Die Arbeitsmarktforschung in unserem Forschungsverbund verweist darauf – ich zitiere kurz, um es plakativ deutlich zu machen: Während sich die ostdeutschen Beschäftigungsverhältnisse im Hinblick auf ihre Dauer den westdeutschen Arbeitsmarktstrukturen angepasst haben, hat Ostdeutschland den Westen im Hinblick auf die Einkommens- und Arbeitslosigkeitsrisiken dagegen eindeutig überholt. Das ist auch heute, trotz insgesamt sich verbessernder Indikatoren, nach wie vor der Fall.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen den einen oder anderen Impuls geben konnte.

Ostdeutschland als Avantgarde?

Transformationsprozesse in Politik und Wirtschaft in der Debatte



PODIUMSDISKUSSION

mit

Prof. Ronny Freier, Ph.D.

Juniorprofessor für Wirtschaftspolitik an der Freien Universität Berlin und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Iris Glicke

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Forschungsdirektor des Zentrums für Sozialforschung Halle (ZSH)

Christian Maaß

Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik im Land Brandenburg e.V. (SGK), Potsdam (bis Ende 2014)

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

Politikwissenschaftler, Freie Universität Berlin

Moderation: **Britta Hilpert**

Studiverleiiterin des ZDF in Brandenburg



Zusammenfassung

Dr. Angela Borgwardt

Wissenschaftliche Publizistin

Die Diskussion wurde zunächst auf die Frage fokussiert, wann mit einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu rechnen ist. Prof. Dr. Everhard Holtmann hatte in seinem Vortrag das Ergebnis einer Expertenbefragung in Ostdeutschland erläutert: Die befragten Expertinnen und Experten waren mehrheitlich davon ausgegangen, dass der Transformationsprozess sehr lange dauern wird; nur gut die Hälfte war der Ansicht, dass bis 2040 annähernd eine Angleichung erreicht sein könne.

Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, erschien diese Einschätzung angesichts der schwierigen Ausgangsbedingungen auch wenig überraschend: „Wir haben statt der ‚blühenden Landschaften‘ ja zunächst einmal die Treuhand bekommen, die erst mal alles abgewickelt hat. Das war eine Phase der Deindustrialisierung.“ Im Zuge dessen sei den meisten Menschen in Ostdeutschland relativ schnell klar geworden, dass der Aufbau einer neuen Wirtschaftsstruktur recht lange dauern würde.

Den Menschen in Ostdeutschland ist relativ schnell klar geworden, dass der Aufbau einer neuen Wirtschaftsstruktur recht lange dauern würde.

Die damaligen Versprechungen von „blühenden Landschaften im Osten“ und „Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen besser“ hätten vor allem als „Beruhigungspille“ wirken sollen, wenn auch mit unterschied-

lichen Zielen in West und Ost, so Iris Gleicke: In Westdeutschland sollte Zuversicht verbreitet werden – nach dem Motto: Keine Sorge! Zahlen wir aus der Portokasse. Wird alles nicht so schlimm. Und den Menschen im Osten habe man vermitteln wollen, dass sie keine Angst haben müssen. Dies habe in der Zeit nach dem Umbruch auch durchaus eine positive psychologische Wirkung gehabt.

Doch dann hätten die Ostdeutschen den Transformationsprozess zunehmend realistischer eingeschätzt, auch im Hinblick auf die Dauer. Dagegen hätten viele Westdeutsche inzwischen das Gefühl, dass der Angleichungsprozess nun beendet sein müsste, und sie bezweifelten die Notwendigkeit eines Solidarpakts für die ostdeutschen Länder. Dies zeigten auch die vielen Reaktionen aus den alten Bundesländern, die Iris Gleicke nach ihrer Rede im Deutschen Bundestag zum Bericht zum Stand der Deutschen Einheit erhalten hat. Hier habe der Tenor vorgeherrscht, dass es „jetzt aber auch mal gut sein sollte“, so die Beauftragte für die neuen Bundesländer.

Im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014 ist festgehalten, in welchen Bereichen noch Nachholbedarf in Ostdeutschland besteht und welche Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland voranzutreiben.

Iris Gleicke betonte, dass im Bericht nicht nur auf die kritischen Punkte und Herausforderungen, sondern auch auf bereits erreichte Fortschritte hingewiesen wird: „Ostdeutschland muss sich nicht verstecken. Das ist mir ganz wichtig!“, sagte sie. In einigen Bereichen seien die neuen Länder sogar Avantgarde, überall in Ostdeutschland zeigten sich Entwicklungen und Ansätze, wo mit kreativen Lösungen neue Wege beschritten werden.

Überall in Ostdeutschland zeigen sich Entwicklungen, wo mit kreativen Lösungen neue Wege beschritten werden.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014

Insgesamt kommt der Bericht zu einer positiven Bilanz:

„Heute, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR, können die Menschen in Ost und West stolz sein auf das, was gemeinsam erreicht wurde. Bei allen Problemen und Härten, die der Transformationsprozess in Ostdeutschland für die Menschen mit sich brachte, kann heute mit Fug und Recht behauptet werden, dass der Aufbau Ost gelungen ist. Die Weichen für eine wirtschaftlich dynamische und ökologisch verträgliche Entwicklung wurden gestellt.“ (S. 18)

Wichtige Ergebnisse zum Stand der Entwicklung in den neuen Ländern:

- In den meisten Lebensbereichen sind heute gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West erreicht. Vor allem hinsichtlich der Lebensqualität und der Infrastruktur sind zwischen neuen und alten Ländern kaum mehr Unterschiede festzustellen.
- Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es aber auch Bereiche, die für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von großer Bedeutung sind und in denen die neuen Länder im Vergleich zu den westdeutschen Ländern noch einen merklichen Nachholbedarf haben. Dies betrifft insbesondere die Angleichung der Wirtschaftskraft und der Löhne sowie den Arbeitsmarkt, wo gegenüber den Ländern im Westen noch ein großer Abstand besteht. Insbesondere die Arbeitslosigkeit war und ist immer noch ein drückendes Problem, obwohl sie inzwischen auch in Ostdeutschland deutlich gesunken ist.
- Mit dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 kommt daher der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für die Zeit ab 2020 eine herausragende Bedeutung zu.
- Eine Förderung der strukturschwachen Regionen im Osten und Westen ist dabei unverzichtbar.
- In Ost und West gelten nach wie vor unterschiedliche Rentensysteme. Im Koalitionsvertrag wurde die vollständige Angleichung zum Ende des Solidarpakts II vereinbart.

Quelle: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, S. 18ff., S. 46ff., http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/Berichte/jahresbericht_de_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=15 (25.11.2014).

1. POLITIK

Kommunalpolitische Reformen

1990 bestand in Ostdeutschland die Herausforderung, die kommunalen Strukturen neu zu ordnen. Christian Maaß, Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik im Land Brandenburg e.V. (SGK) in Potsdam (bis Ende 2014), erinnerte auf der Konferenz daran, dass innerhalb von 25 Jahren die alten Verwaltungsstrukturen in den Kommunen durch völlig neue Strukturen ersetzt werden mussten – und das in einem großen Reformtempo. Auch wenn Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht immer in der öffentlichen Wahrnehmung präsent seien, leisteten sie doch sehr wichtige Arbeit vor Ort. Dies zeigten die vielen Erfolgsgeschichten von ostdeutschen Landräten und Bürgermeistern, die in ihren Kommunen eine positive Entwicklung ermöglichten, indem sie den vorgegebenen Rechtsrahmen auf die jeweilige Situation zugeschnitten ausgestaltet hätten.



Prof. Ronny Freier, Ph.D., Juniorprofessor für Wirtschaftspolitik an der Freien Universität Berlin und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), erinnerte an die umfangreichen Debatten, die 1990 in Ostdeutschland über kommunalpolitische Strukturen geführt wurden, etwa in Bezug auf die Größe der Kreise, die Wahl der Bürgermeister bzw. Landräte und die Möglichkeiten für direkte Bürgerbeteiligung. Diese Debatten und die Einführung neuer politischer Strukturen in den neuen Ländern – wie die direkte Bürgermeisterwahl sowie Bürgerentscheide und Bürgerbegehren – hätten in den frühen 1990er Jahren dann auch Westdeutschland beeinflusst: So wurde zwischen 1993 und 1995 in allen Flächenstaaten der alten Bundesländer die direkte Bürgermeisterwahl eingeführt, die es vorher nur in Bayern und in Baden-Württemberg gegeben hatte; ebenso wurden flächendeckend Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Kommunalverfassungen verankert. Insofern ist Ostdeutschland nach Ansicht von Ronny Freier in einigen Bereichen Vorbild für die kommunalpolitische Entwicklung in Westdeutschland gewesen.

*Ostdeutschland war in einigen Bereichen
Vorbild für die kommunalpolitische Entwicklung in
Westdeutschland.*

Auch künftig könnte Ostdeutschland im Bereich der Kommunalpolitik eine gewisse Vorreiterrolle übernehmen, meinte Ronny Freier, so zum Beispiel bei den Gebietsreformen: In Ostdeutschland wurden in den 1990er Jahren umfangreiche Kreisreformen durchgeführt, wobei jedes Land eine ganz andere Strategie verfolgte. Zwar seien auch in Westdeutschland bereits in den 1960er und 1970er Jahren Gebietsreformen umgesetzt worden, doch werde hier schon länger über die Notwendigkeit weiterer Reformen diskutiert. Bei diesem Thema könnte sich Ostdeutschland somit erneut als Avantgarde erweisen, so Freier. Auch Christian Maaß stellte diesbezüglich deutlichen Reformbedarf in vielen alten Bundesländern fest, beispielsweise in dem sehr kleinteilig organisierten Rheinland-Pfalz. Entsprechende Initiativen fänden sich jedoch vor allem in Ostdeutschland.



So plant das rot-rote Regierungsbündnis in Brandenburg, in den nächsten Jahren eine Kreisgebietsreform durchzuführen, um angesichts rückläufiger Einwohnerzahlen in den ländlichen Gebieten die Strukturen der Verwaltung möglichst kostengünstig und effektiv zu organisieren. Insbesondere aus den Reihen der kreisfreien Städte Brandenburg, Cottbus und Frankfurt/Oder kommt jedoch Widerstand, da sie im Zuge der Verwaltungsreform ihre Kreisfreiheit verlieren würden¹, aber es gibt auch weitere kritische Stimmen, die von den positiven Auswirkungen dieser Kommunalreform nicht überzeugt sind.

Prof. Dr. Everhard Holtmann erläuterte, dass solche Veränderungen häufig lokale Betroffenheiten und Ängste hervorrufen, was sich auch an symbolischen Dingen wie dem Ortsnamen festmache; mit dem Verlust des Ortsnamens gehe subjektiv auch ein Stück Ortsbezogenheit verloren. Auch bei den Gebietsreformen in den 1960er und 1970er Jahren in Westdeutschland habe sich deshalb in den meisten Flächen-

¹ Die rot-rote Landesregierung plant laut Koalitionsvertrag, die derzeit 14 Landkreise und vier kreisfreien Städte auf „maximal zehn“ Kreise zu reduzieren. Vgl. Märkische Allgemeine, 19.11.2014, <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Keine-Volksabstimmung-zu-Kreisgebietsreform> (20.02.2015).

ländern zunächst erheblicher Widerstand organisiert. Später durchgeführte Studien² hätten jedoch gezeigt, dass die damit einhergehenden Veränderungen relativ schnell akzeptiert wurden – selbst im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, wo es mittlerweile nur noch weniger als 370 selbstständige Städte gibt und Städte mit hunderttausend und mehr Einwohnern schlicht eingemeindet wurden.

Die relativ schnelle Akzeptanz führt Everhard Holtmann darauf zurück, dass die durch die Gebietsreform vergrößerten Strukturen nun verbesserte Serviceleistungen anbieten, was die Bürgerinnen und Bürger durchaus als Fortschritt wahrnehmen würden. Bei einer Bevölkerungsbefragung in Städten Sachsen-Anhalts, die 1995/97 ihren Status als Kreisstadt verloren hatten, habe man überwiegend positive Antworten erhalten. Es sei deutlich geworden, dass sich nach der Gebietsreform der Service und die Öffnungszeiten deutlich verbessert hatten – also jene Aspekte, die für die Bürgerinnen und Bürger als „Endabnehmende“ der Verwaltungs-

² Holtmann, Everhard/Killisch, Winfried/Steinhart, Anita/Tullner, Marco: Die Kreisstadt als Standortfaktor: Auswirkungen der Kreisgebietsreform von 1994 in Sachsen-Anhalt; eine vergleichende Untersuchung in 10 ehemaligen bzw. bleibenden Kreisstädten. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1998.

leistungen von großem Interesse sind. Von daher gibt es aus seiner Sicht große Chancen, dass die jetzige neue Etappe der Gebietsreformen in Ostdeutschland mittelfristig zu ähnlichen Reaktionsmustern führt.

Im Mittelpunkt stehen gute und bezahlbare Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Allerdings müssten die Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess von Anfang an mitgenommen und darüber informiert werden, welche Vorteile die Kreisgebietsreform für sie hat, meinte Christian Maaß. Denn einige Akteure vor Ort seien mehr an ihrem Status orientiert und würden Ängste schüren bzw. mögliche Folgen des Verlusts der Kreisfreiheit nicht immer korrekt darstellen. Letztlich werde die Gebietsreform aber auch die Städte als Zentren stärken. Den Menschen müsse klar gemacht werden, dass nicht der formelle Titel „kreisfreie Stadt“ oder die Strukturbenennung der Kreise entscheidend ist. Im Mittelpunkt stehe vielmehr die Möglichkeit, gute und bezahlbare Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Dafür sei es unumgänglich, die Bürokratie zu straffen und Verwaltungsleistungen effektiv zu organisieren. So sei es zum Beispiel wenig sinnvoll, dass die Stadt Frankfurt/Oder, in der es kaum Landwirtschaftsbetriebe gibt, eine eigene Abteilung für Landwirtschaft und Forsten unterhält. Dieses Aufgabengebiet könne sehr gut von einer Kreisstadt im Umland mit übernommen werden. Solche Beispiele verdeutlichen nach Christian Maaß, dass die kommunale Gebietsreform in Brandenburg notwendig, sinnvoll und auch machbar ist.

Institutionentransfer

In einem Blick zurück betonte Prof. Dr. Richard Stöss, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin, die große Bedeutung des Institutionentransfers von West nach Ost: In Ostdeutschland sei nach 1990 institutionell alles aus dem Westen übernommen worden, sowohl



im staatlich-administrativen als auch im intermediären Bereich – einschließlich des gesamten Verfassungsrechts, des Verwaltungsrechts, der Parteien, Gewerkschaften bis hin zur Selbstverwaltung der Wirtschaft. „Wir haben es mit einer kompletten Verwestlichung dieses Systems zu tun“, sagte Richard Stöss. Alle Aspekte, in denen Ostdeutschland später eine Vorreiterfunktion übernommen habe, seien letztlich Petitesse. „Man muss ganz klar sagen: Wenn hier irgendeiner Avantgarde ist, dann ist es natürlich der Westen und nicht der Osten. Dann können die Osis immer sagen: Wir haben die Ampelmännchen rüber gebracht. – Aber das ist es dann auch! Das muss man einmal ganz deutlich sagen.“

Beim Institutionentransfer nach 1990 war der Westen für den Osten maßgebend.

In der Zeit des Umbruchs 1989 hätten die DDR-Oppositionellen und die Akteure der Friedlichen Revolution noch gehofft, dass statt eines direkten Institutionentransfers von West nach Ost sich neue Strukturen entwickeln könnten, meinte Stöss. Auch einige Westdeutsche hätten diese Hoffnung geteilt, weil sie die Bundesrepublik zunehmend als stark bürokratisiertes und auch autoritär strukturiertes System erlebten. In Westdeutschland habe sich eine Opposition gegen dieses System heraus-

gebildet, was beispielsweise in der Gründung der neuen Partei Die Grünen und der Entstehung zahlreicher Bürgerinitiativen seinen Ausdruck fand. Als die Ostdeutschen dann eine Friedliche Revolution durchführten, wünschte man sich, dass diese zivilgesellschaftlichen Erfahrungen in den Aufbau eines neuen Systems einfließen würden. Doch das Gegenteil sei schließlich eingetreten, so Stöss: „Mit dem Institutionentransfer ist all das, was an zivilgesellschaftlicher Power in der DDR vorhanden war, absorbiert worden.“ Wenn man darüber diskutiere, in welchen Bereichen der Osten Avantgarde sei, dürfe man nie vergessen, dass die strukturelle Basis der Staatlichkeit ein Produkt des Westens sei. Diese Auffassung der kompletten Verwestlichung des Systems stieß in der Diskussion auf starken Widerspruch.

Neue politische Eliten

Iris Gleicke widersprach Stöss vehement: „Man kann nicht von einer Verwestlichung des Systems reden. Wir sind der Bundesrepublik Deutschland beigetreten, weil die Dynamik der Friedlichen Revolution so gewesen ist. Ich war dabei. Der Ruf war: Wir sind das Volk! Wir wollten unsere DDR reformieren. Das war der Ausgangspunkt der ganzen Geschichte. Dann haben wir die Mauer niedrigerissen. Und dann sind



gewisse Dynamiken eingetreten ...“. Ostdeutschland habe in das politische System der Bundesrepublik durchaus eine ganze Menge eingebracht, was dieses auch teilweise transformiert habe – nicht nur auf kommunalpolitischer Ebene. So sei zum Beispiel der Deutsche Bundestag seit 1990 deutlich „weiblicher“ und „technikorientierter“ geworden. Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass aus Ostdeutschland viele weibliche Abgeordnete und viele Abgeordnete mit technischen Berufen hinzugekommen sind.

Durch ostdeutsche Abgeordnete wurde der Bundestag „weiblicher“ und „technikorientierter“.

In Bezug auf den Institutionentransfer gab Iris Gleicke Richard Stöss aber Recht: „Wir haben im Prinzip die gleichen Institutionen bekommen, weil das nach der Einheit gar nicht mehr anders ging.“ Auch innerhalb der Institutionen habe ein massiver Elitentransfer von West nach Ost stattgefunden – in der Justiz, in vielen Verwaltungsbereichen, in den Ministerien und auch in den Universitäten. Beispielsweise seien sehr viele ostdeutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem System herausgedrängt und ersetzt worden, nur weil man glaubte, einen Professor aus dem Westen holen zu müssen. Dies sei zwar teilweise verständlich, in vielen Fällen aber nicht nutzbringend gewesen, so Iris Gleicke.

Prof. Everhard Holtmann betonte, dass im wirtschaftlichen Bereich und bei den Institutionen in Ostdeutschland zwar eine klare Dominanz des Westens festzustellen ist, doch gebe es wichtige Ausnahmen. So sei die große Potsdamer Elitestudie³ von 1995, in der die Ost-/Westverteilung in einzelnen Elitensegmenten analysiert wurde, zu einem interessanten Ergebnis gekommen: Demnach gab es bei den sogenannten politischen Delegationseliten, also den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf Landes- und Kommunalebene, nach der Wende nur sehr wenige westdeutsche Importe. Insofern stelle sich bei den politischen

³ Vgl. Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke et al. (Hg.): *Eliten in Deutschland*, Opladen 1997.

Eliten die Situation anders als bei den Institutionen dar. In diesem Bereich hätten die Ostdeutschen die Macht angenommen und den Staat auch mitgestaltet, so Holtmann. Zudem habe die neue ostdeutsche Politikelite der Wendejahre bestimmte Strukturmerkmale aufgewiesen, die sich vorteilhaft und heilsam von den traditionellen Profilen der westdeutschen Politikelite abhoben: Die ostdeutschen Politikerinnen und Politiker seien dadurch gekennzeichnet gewesen, dass sie zum einen verstärkt aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich kamen, und zum anderen keine Monokarriere in der Politik gemacht hatten.

Auf Kommunal- und Landesebene haben die ostdeutschen Politikerinnen und Politiker den Staat mitgestaltet.

Daran anschließend wurde die Frage diskutiert, ob diese andere Art ostdeutscher Politikerinnen und Politiker einen neuen, vielleicht sogar avantgardistischen Typus eines pragmatischen Politikers in Deutschland hervorgebracht hat.

Einen pragmatischen Politikertypus habe Ostdeutschland vielleicht schon hervorgebracht, meinte Prof. Dr. Richard Stöss. Doch die Akteure, die damals die sogenannte Wende initiiert hätten, seien keine Pragmatiker gewesen, sondern Kämpfer für ein völlig neues System, das weder mit der alten DDR noch mit dem Kapitalismus in der BRD identisch sein sollte. Die zentralen Akteure der Friedlichen Revolution hätten mit einer großen Power und einem starken Impetus intensiv über alternative Wertorientierungen und gesellschaftsgestaltende Konzeptionen diskutiert, was einigen Widerstand hervorgerufen habe. Somit sei es kein Zufall, dass diese Akteure heute mehrheitlich nur noch Zeitzeugen sind und keine führenden politischen Positionen mehr innehaben.

Richard Stöss hob hervor, dass auch er nicht von einer hundertprozentigen Verwestlichung Ostdeutschlands ausgehe und bis heute Unterschiede zwischen Ost und West feststellbar seien. So sei zum Beispiel das Parteiensystem nicht ganz identisch, und auch in der Verwaltungs-



struktur und im Kommunalrecht zeigten sich Unterschiede. Doch im Großen und Ganzen sei es schon richtig, dass diese Entwicklung so gelaufen ist: Der Institutionentransfer von West nach Ost sei in den Rechtsvorschriften maßgeblich gewesen – mit zum Teil sehr negativen Auswirkungen.

Europaskepsis

Im begleitenden Livestream wurde angemerkt, dass in Ostdeutschland die Europaskepsis und Ausländerfeindlichkeit größer sei als in Westdeutschland, was sich unter anderem im Zuspruch zur AfD manifestiere. Könne man hier also von einer negativen Form der „Avantgarde“ sprechen, bezogen auf die zukünftige Entwicklung in Deutschland und in Europa?

In diesem Zusammenhang verwies Prof. Dr. Richard Stöss auf die Ergebnisse von Umfragen, die gezeigt hätten, dass in Ostdeutschland eine bestimmte Mentalität der Unzufriedenheit wesentlich stärker verbreitet ist als in Westdeutschland: Demnach zeigt sich in den neuen Ländern im Durchschnitt eine größere Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien, eine geringere Wahlbeteiligung und eine höhere Bereitschaft, neue und kleine, auch rechtsgerichtete Parteien zu wählen.

Die Unzufriedenheit mache sich unter anderem auch an Europa fest, so Stöss: Kritisch gesehen würden vor allem die Zwänge, die Europa auf Deutschland ausübt, aber auch die Tatsache, dass finanziell schwache Staaten in der EU „unsere“ Mittel erhalten. Insgesamt würden die Westdeutschen die EU positiver als die Ostdeutschen bewerten.

Nach Auffassung von Iris Gleicke ist die verbreitete Ablehnung der EU in Ostdeutschland letztlich absurd, wenn man sich vor Augen führe, dass die neuen Länder 1990 mit ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland direkt in den Genuss von EU-Strukturförderung kamen und sehr viel Geld erhalten haben. Viele Menschen in Ostdeutschland hätten sich von Europa distanziert, als es um solche Fragen wie die Krümmung der Gurke ging. Die skeptische Haltung zu Europa habe aber auch etwas damit zu tun, dass die Menschen in den neuen Bundesländern durch die mangelnde Reisefreiheit in der DDR anders sozialisiert wurden als die Westdeutschen und Europa nur begrenzt kennenlernen konnten.

Für Iris Gleicke steht fest, dass die Umbrucherfahrung nach 1990 das alltägliche Leben der ostdeutschen Bevölkerung stark geprägt hat: „Es hat sich alles verändert. Diesen Anpassungsdruck hatte man natürlich im Westen nicht.“ Zu diesen tief greifenden Veränderungen sei dann auch noch die europäische Ebene hinzugekommen, die von den Bürgerinnen und Bürgern relativ weit entfernt ist. Europapolitiker und -politikerinnen zeigten relativ selten Präsenz vor Ort und es gebe nach wie vor starke Defizite, den Ostdeutschen Europa nahezubringen. Hier könnten die Parteien noch deutlich aktiver sein. Beim Thema Europa sei Ostdeutschland tatsächlich nicht als Avantgarde zu bezeichnen. Umso wichtiger sei es, immer wieder deutlich zu machen, wie viel Ostdeutschland von Europa profitiert hat, meinte Iris Gleicke. Die anderen osteuropäischen Staaten hätten im Unterschied zu Ostdeutschland erst zahlreiche Reformen durchführen müssen, um der EU beitreten zu können und in den Genuss der Vorteile dieses Systems zu kommen.

*Es muss deutlich gemacht werden,
wie viel Ostdeutschland von Europa profitiert hat.*

Iris Gleicke verdeutlichte, dass die AfD im Wahlkampf sehr populistisch agierte – bis an die Grenzen des rechten Rands – und eine latent vorhandene Euroskepsis in Ostdeutschland weiter schürte. Britta Hilpert ergänzte, dass sich die AfD gezielt Themen gesucht hat, mit denen sie vor Ort in den neuen Ländern im Wahlkampf populistisch punkten konnte, etwa beim Thema Grenzriminalität. Mit dieser Strategie habe sie viele Stimmen gewinnen können. Die AfD lege häufig den Finger in die Wunde, biete aber keine Lösungen an. Darauf müssten die anderen Parteien reagieren.

Christian Maaß wehrte sich gegen die negativen Zuschreibungen gegenüber den Ostdeutschen in Bezug auf Europa und die AfD. „Ich will den Ball zurückspielen: Die AfD ist keine Ostgründung. Herr Lucke ist kein ostdeutscher Avantgardist.“ Auch der AfD-Spitzenfunktionär Alexander Gauland, Landesvorsitzender der AfD Brandenburg, sei zwar in Sachsen geboren, habe aber vierzig Jahre lang in Hessen gewirkt und sei für die CDU tätig gewesen. Insofern seien europakritische Tendenzen und die Inhalte der AfD nicht nur der ostdeutschen Bevölkerung zuzuschreiben.



Möglichst viele Akteure sollten dazu beitragen, das Zusammenwachsen mit den europäischen Nachbarländern zu fördern.

Wie könnten europaskeptische Tendenzen in Ostdeutschland abgebaut werden? Christian Maaß plädierte für eine Politik der kleinen Schritte. Wichtig ist aus seiner Sicht, dass möglichst viele Akteure dazu beitragen, das Zusammenwachsen mit den europäischen Nachbarländern zu fördern, etwa durch Austauschprogramme und Fahrten in osteuropäische Städte, die in der deutschen und gemeinsamen Geschichte wichtig sind, etwa nach Auschwitz. In den grenzüberschreitenden Beziehungen seien positive Ansatzpunkte festzustellen: So hätten sich in letzter Zeit die Verbindungen zwischen Brandenburg und Polen zunehmend verbessert; so würden zum Beispiel junge polnische Familien nach Brandenburg ziehen, was auch die ostdeutsche Infrastruktur stärke. Künftig sollte man den Fokus auf solche vielversprechenden Entwicklungen richten – und nicht vorrangig das Vorurteil nähren, alle Ostdeutschen seien Europafeinde. Er wolle die Probleme, die es sicher gebe, nicht kleinreden, aber dafür plädieren, mehr nach vorne zu schauen und erfolgreiche Ansätze voranzutreiben.

Everhard Holtmann verdeutlichte, dass die Öffnung nach Europa auch eine Generationenfrage ist: Beeindruckend sei, dass die junge Generation in Deutschland schon sehr europäisch denkt, insbesondere die gut Ausgebildeten – gewissermaßen die Führungselite von morgen. Wenn in Umfragen die Frage gestellt werde: „Sehen Sie sich vorrangig als Europäer, Gesamtdeutscher, Ostdeutscher, Westdeutscher?“ steige bei den jungen Menschen die Zahl signifikant an, die von sich sagen, sie seien Europäer. Deutlich weniger bezeichneten sich als Ostdeutsche oder Gesamtdeutsche. Dies sei – als Zukunftsperspektive – für Deutschland und Europa sehr positiv zu werten.



Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliche Aktivitäten

In Ostdeutschland gab es in den 1990er Jahren zunehmende Tendenzen des Rechtsextremismus, die man auch im negativen Sinne als avantgardistisch kennzeichnen könnte. Gibt es hier inzwischen eine positive Perspektive?

Christian Maaß erläuterte die Entwicklung am Beispiel Brandenburg: Die erste Phase, in der diese Tendenzen nicht ernst genug genommen wurden, sei glücklicherweise relativ schnell vorbei gewesen. Dann habe man sich dem Problem gestellt. Das werde sehr gut an der Stadt Rheinsberg deutlich, die auch von rechtsextremen Tendenzen betroffen war. Der Bürgermeister habe schnell erkannt, dass man das Problem nicht alleine vor Ort lösen kann, und sich Hilfe von außen geholt: vom Mobilen Team gegen Rechtsextremismus, aber auch von anderen Partnern aus der Zivilgesellschaft. So sei es dem Bürgermeister gelungen, sehr viele Menschen vor Ort zu aktivieren, um Unterstützung gegen Rechtsextremismus zu bekommen. Ein solches Vorgehen sei unverzichtbar, um schnell mit vereinten Kräften handeln zu können. Die lokalen Eliten müssten das Problem aber auch ernst nehmen, konsequent dagegen angehen und die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Die

Ergebnisse der Landtagswahl in Brandenburg hätten deutlich gemacht, dass ein bestimmter Prozentsatz in Brandenburg nach wie vor NPD wählt, doch hätte der Wahlkampf auch gezeigt, dass sich die Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus schon häufiger engagiert. Auch in Mecklenburg-Vorpommern gebe es Gegenbewegungen zum Rechtsextremismus, etwa die Initiative Storch Heinar.⁴ Als deren Anti-Nazi-Plakate von den Rechtsextremen entfernt wurden, spendeten örtliche Unternehmen spontan Geld mit der Aufforderung, wieder solche Plakate zu kaufen. Dass die örtlichen Unternehmen das Problem erkannt und sofort geholfen hätten, wertet Christian Maaß als wichtiges Hoffnungszeichen.

Die Einrichtung eines Programms gegen Rechtsextremismus hatte bundesweite Avantgardefunktion.

Nach Ansicht von Prof. Dr. Richard Stöss hat Brandenburg bei Gegenstrategien zum Rechtsextremismus durchaus eine bundesweite Avantgardefunktion übernommen. Brandenburg habe als erstes Bundesland ein Programm gegen Rechtsextremismus eingerichtet, das teilweise von anderen Bundesländern und später auch auf Bundesebene übernommen worden ist.

Gegenwärtig habe die Bereitschaft der Menschen, rechtsextreme Parteien zu wählen, zwar deutlich abgenommen. „Aber auf niedrigem Niveau ist es so, dass in Ostdeutschland immer noch doppelt so viele Leute bereit sind, rechtsextreme Parteien zu wählen als in Westdeutschland“, sagte Richard Stöss. Als zweiten Punkt nannte er, dass im unorganisierten

⁴ Storch Heinar ist eine Satirekampagne, die 2008 unter dem Dach von „Endstation Rechts“ startete, einer Initiative der Jusos in Mecklenburg-Vorpommern. Sie parodiert Neonazis und ihre Rituale unter Bezug auf die unter Rechtsextremisten beliebte Bekleidungs-marke „Thor Steinar“ mit dem Ziel, über Strategien von Rechtsextremen aufzuklären. [storch-heinar.de](http://www.storch-heinar.de) bietet zudem Textil- und Merchandising-Artikel an – vom T-Shirt bis zur Tasse, von der Postkarte bis zum Plakat –, wobei der Verkaufserlös Projekten gegen Rechtsextremismus zugutekommt. Vgl. <http://www.storch-heinar.de/ueber-storch-heinar/projekt.html> (02.03.2015).



Bereich des Rechtsextremismus nach wie vor die Gewaltbereitschaft in Ostdeutschland wesentlich höher ist als in Westdeutschland. Deshalb sei es sehr wichtig, neben Programmen gegen Rechtsextremismus auch verstärkt Programme durchzuführen, die für mehr Integration sorgen. Eine wichtige Frage sei beispielsweise, wie man zur besseren Integration von Flüchtlingen beitragen kann, damit die Unzufriedenheit mit den damit zusammenhängenden Problemen geringer wird. Hier müssten der Bund und die Länder nach Ansicht von Stöss noch deutlich stärkere Anstrengungen unternehmen: Es gelte nun vor allem, die Integration voranzutreiben, damit die zentralen Anlasspunkte für ausländerfeindliche Agitation, auch der AfD, verschwinden. Ein Teil der rechtsextremen Wählerinnen und Wähler, die früher der NPD ihre Stimme gaben, hätten vermutlich nun die AfD gewählt – dafür sprächen einige Umfragen.

In Ostdeutschland gibt es vielversprechende Ansätze zum Aufbau einer Bürgergesellschaft.

Iris Gleicke stimmte den Befunden zu. Doch sei es wichtig festzustellen, dass es in Ostdeutschland bereits vielversprechende Ansätze zum Aufbau einer Bürgergesellschaft gibt, insbesondere in ländlichen Räumen.

In Großstädten wie Berlin sei es deutlich leichter, gegen 2.000 Rechts-extreme 10.000 oder 15.000 Leute für eine Gegendemonstration zu aktivieren. Wenn in einem Dorf 100 Nazis marschierten, sei es bedeutend schwieriger, Menschen auf die Straße zu bringen, um dagegen zu protestieren – auch, weil man sich teilweise persönlich kennt. Ostdeutschland, das sehr viel ländlicher geprägt ist als Westdeutschland, habe es somit schwerer, die Zivilgesellschaft zu aktivieren, was aber in vielen Städten und Regionen schon recht gut gelinge. Man müsse aber weiter daran arbeiten.

Zudem ist es nach Ansicht von Iris Gleicke wichtig, künftig stärker die Wirtschaft mit einzubinden. Bei Demonstrationen gegen Rechts sollten sich nicht nur die üblichen Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft engagieren. Auch die Unternehmen müssten sich stärker als bisher eindeutig gegen rechtsextreme Tendenzen positionieren und verdeutlichen: „Wenn wir wirtschaftlichen Aufschwung wollen, wenn wir Touristen aus dem Ausland haben wollen oder wenn wir Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen wollen, müssen wir konsequent gegen Rechts-extremismus vorgehen.“ Da sei noch eine ganze Menge zu tun, meinte Iris Gleicke.



2. WIRTSCHAFT

Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern

Im Jahresbericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit 2014 wird darauf hingewiesen, dass Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland eine andere Wirtschaftsstruktur aufweist und bei der Wirtschaftskraft im Durchschnitt deutlich schlechter dasteht. Speziell bei der Industrieproduktion könne Ostdeutschland mit Westdeutschland nicht mithalten, meinte Prof. Ronny Freier, Ph.D., Juniorprofessor für Wirtschaftspolitik an der Freien Universität Berlin und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) – allerdings sei das in vielen anderen europäischen Ländern auch der Fall. Während in den alten Bundesländern große, international agierende DAX-Konzerne angesiedelt sind, ist in den neuen Ländern kein einziges DAX-Unternehmen zu finden. Doch sollte man nach Ansicht von Ronny Freier einen realistischen Blick darauf entwickeln, welche Anpassungsmöglichkeiten zwischen Ost und West in der Wirtschaft überhaupt gegeben sind, zumal die Ansiedlung und Entwicklung exportstarker Unternehmen in Westdeutschland über einen Zeitraum von vierzig Jahren gewachsen ist. Viele dieser Unternehmen hätten zwar auch in Ostdeutschland investiert und Niederlassungen aufgebaut, doch sei keines mit ihren Führungseliten und Konzernzentralen in die neuen Länder gegangen. Natürlich hoffe man, dass sich einzelne große Unternehmen noch in Ostdeutschland ansiedeln, doch sei eine völlige Angleichung an die Wirtschaftsstruktur in den alten Bundesländern wenig wahrscheinlich.

Der entscheidende Punkt ist für Iris Gleicke, dass die Länder und Kommunen – angesichts ihrer beschränkten Finanzmittel und des degressiv angelegten Solidarpakts II ab 2019 – zukünftig weniger Geld zur Verfügung haben werden und gleichzeitig die öffentliche Daseinsvorsorge trotz Abwanderungstendenzen aufrechterhalten müssen. Hier sind nach Gleicke wichtige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen: Zum einen sei Ostdeutschland ein großes, zusammenhängend strukturschwaches Gebiet, das hinter Westdeutschland in der Wirtschaftskraft insgesamt um 30 Prozent und bei den

Löhnen im Durchschnitt um 20 Prozent zurückbleibe, auch wenn zwischen den einzelnen Branchen sicherlich große Diskrepanzen bestünden. Zum anderen sei Ostdeutschland sehr viel ländlicher geprägt als Westdeutschland bzw. viel mehr Menschen lebten im ländlichen Raum, was die Finanzierungsprobleme für Kommunen und Länder weiter verstärke.

Forschungs- und Entwicklungslücke

Iris Gleicke betonte die zentrale Bedeutung von Forschung und Entwicklung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Sie führte aus, dass in Ostdeutschland Forschung und Entwicklung bisher hauptsächlich staatlich betrieben wird, nur 40 Prozent der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben kommen aus der Wirtschaft. Dagegen werden in Westdeutschland fast 70 Prozent aller F&E-Ausgaben von Unternehmen getragen. Dieser Unterschied hängt nach Ansicht von Iris Gleicke mit der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland zusammen, wo es viele kleine und mittlere Unternehmen gibt, während die Headquarters der großen Unternehmen in Westdeutschland angesiedelt sind. Umso wichtiger sei es, die ostdeutsche Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung weiterhin zu fördern. „Wir müssen dafür sorgen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen auch Forschungs- und Entwick-



lungsleistungen erbringen können“, sagte Iris Gleicke. Nur wenn auf verschiedenen Gebieten wieder qualifizierte F&E-Entwicklungsleistungen in Ostdeutschland betrieben werden, könne eine Wertschöpfungskette entstehen und eine positive Dynamik in Gang gesetzt werden. Dann könnten auch die Einkommen steigen, mehr Steuereinnahmen erzielt und das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden.

Regionale Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft

Everhard Holtmann bezweifelte, dass die ostdeutsche Forschungs- und Entwicklungslücke rasch geschlossen werden kann. Dem stehe derzeit noch die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft strukturell entgegen. Die ausgeprägte KMU-Struktur wirke sich in einer größeren Zurückhaltung der Unternehmen aus, eigene Forschung zu betreiben. Dabei sei die geringere Forschungstätigkeit nicht nur eine Frage des fachlichen Know-hows, sondern auch der vorhandenen Ressourcen. Aus Befragungen sei zudem hervorgegangen, dass die ostdeutschen kleinen und mittleren Unternehmen häufig eine ausgeprägte Distanz gegenüber Forschungseinrichtungen haben. An diesem Punkt sollte man nach Everhard Holtmann ansetzen: Es sollte verstärkt gefördert werden, dass die in Ostdeutschland bereits vorhandenen regionalen Verbünde zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung mit kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort kooperieren. Künftig müssten die verschiedenen Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft stärker auf regionaler Ebene zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten.

Die verschiedenen Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft müssen stärker auf regionaler Ebene zum gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten.

Auch nach Ansicht von Ronny Freier könnten regionale Vernetzungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein geeigneter Weg sein: Die institutionelle Vernetzung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen sollte deshalb in bestimmten Regionen gezielt unterstützt werden. Hier hätten Wissenschaftsregionen in Westdeutschland oft Vorteile, weil große, finanz- und forschungsstarke Unternehmen mit Universitäten vor Ort kooperieren können.

Iris Gleicke verwies auf bereits erzielte Fortschritte in diesem Bereich. Das „Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand“ stelle erhebliche Mittel bereit, um kleine und mittlere Unternehmen zu fördern: 70 Prozent der Unternehmen, die aus diesem Programm Förderung erhalten, haben weniger als 50 Beschäftigte. Ostdeutschland profitiere besonders von diesem Programm. Hier gehe es auch um den Nachteilsausgleich zwischen Ost und West. Im Rahmen des Innovationsprogramms INNOKOM Ost werden auch schon Forschungsverbände in der industriellen Gemeinschaftsforschung unterstützt. Dies ist aus Iris Gleickes Sicht ein entscheidender Schlüssel der Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland, weil hier neue Produkte und innovative Produktionsabläufe entstehen können.

Regionale Wachstumskerne in Ostdeutschland sind Keimzellen der Innovation.

Beim Aufbau von Wachstumskernen sieht Iris Gleicke Ostdeutschland im innerdeutschen Vergleich bereits vorne. Sie nannte das Beispiel Schwedt an der Oder, ein regionaler Wachstumskern in Brandenburg, der mit EFRE-Mitteln aufgebaut wurde. In dieser Region seien zahlreiche Unternehmen angesiedelt, die intelligente und innovative Ideen auch bei der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren entwickeln und umsetzen, etwa bei der Suche nach Fachkräften. Die Unternehmen könnten auch Bundesmittel bei Kooperationen erhalten. Dann müssten sie aber auch Eigeninitiative zeigen, etwa indem sie an Schulen – insbesondere bei Mädchen – das Interesse für Technik und technische Berufe wecken. Nur durch gezielte Strategien könne der Fachkräftebedarf in den Technik- und Ingenieurwissenschaften in der Region gedeckt bzw. dem Fachkräftemangel begegnet werden.

Beziehungen zu Osteuropa

Konnte Ostdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung eine Avantgardefunktion bei den Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten einnehmen? Everhard Holtmann meinte, dass das Verhältnis der Ostdeutschen zu ihren osteuropäischen Nachbarn schon seit Langem recht gut sei; mit Polen, Tschechen und Slowaken bestehe ein freundschaftliches, entspanntes Verhältnis. Schon zu DDR-Zeiten habe es enge Kontakte von Ostdeutschland nach Osteuropa gegeben, die nach 1990 relativ schnell ideologiefrei erneuert werden konnten – ob das Städtepartnerschaften waren oder Kontakte im kulturellen Bereich, die sich als tragfähig erwiesen haben.

Dagegen sehe es auf wirtschaftlichem Gebiet etwas anders aus, meinte Ronny Freier. Hier habe man Chancen verpasst. Zwar sei nach dem Schengen-Abkommen mit dem Wegfall der Kontrollen an den inneren Grenzen der Handel mit Osteuropa vereinzelt intensiviert worden, doch habe man viele der vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale nicht ausreichend genutzt. So hätte Berlin der Standort werden können, um mit dem Osten Handel zu treiben, doch habe stattdessen Wien die Vorreiterrolle übernommen, wo nun die großen Vertriebsagenturen angesiedelt sind.

Iris Gleicke verwies darauf, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zu den früheren Comecon-Staaten durch die deutsche Währungsunion – inklusive der politischen Entscheidung, die Sparguthaben eins zu eins umzutauschen – deutlich gelitten haben. Durch die abrupte Umstellung auf die bundesdeutsche Währung mit gänzlich anderem Wechselkurs und Kaufkraft seien die wirtschaftlichen Kooperationen mit osteuropäischen Ländern wie Polen oder Ungarn erst einmal extrem erschwert worden. Zudem hätten die anderen osteuropäischen Staaten andere Aufbauleistungen als Ostdeutschland erbringen müssen, weil sie keinen „großen Bruder“ hatten, der den Aufbau mit Finanzmitteln bezahlte.

Inzwischen hätten sich aber auch in der Wirtschaft wieder verstärkt gute Kooperationen entwickelt, meinte Iris Gleicke, etwa in grenzüber-



Britta Hilpert



Iris Gleicke

schreitenden Clustern mit Partnern aus der Wissenschaft. Vonseiten der Politik werde versucht, die Internationalisierung stärker zu fördern, um auch der ostdeutschen Wirtschaft neue Märkte zu erschließen. Das sei im Moment zwar noch im Aufbau, doch sehe sie schon viele positive Ansätze.

Erneuerbare Energien

Kann Ostdeutschland im Bereich der Erneuerbaren Energien Avantgardestatus beanspruchen? Britta Hilpert merkte an, dass das Land Brandenburg mehrere Jahre in Folge den Leitstern für den Ausbau der Erneuerbaren Energien⁵ erhalten hat und auch andere ostdeutsche Bundesländer in diesem Bereich gut aufgestellt sind.

⁵ Der „Leitstern“ ist der Bundesländerpreis für Erneuerbare Energien, der von der Agentur für Erneuerbare Energien verliehen wird. Die Agentur wird von Unternehmen und Verbänden aus der Branche der Erneuerbaren Energien getragen und vom Bund unterstützt. Der Verleihung liegt eine Vergleichsstudie aller Bundesländer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Zentrums für Sonnenenergie und Wasserstoffforschung (ZSW) zugrunde. Vgl. <http://www.unendlich-viel-energie.de/die-agentur/veranstaltungen/leitstern/leitstern-der-bundeslaenderpreis-fuer-erneuerbare-energien> (20.02.2015).

Bei den Erneuerbaren Energien ist Ostdeutschland Avantgarde.

Für Ronny Freier ist Ostdeutschland in diesem Bereich durchaus Avantgarde: In Ostdeutschland beinhaltet der Energiemix 25 Prozent Erneuerbare Energien, in Westdeutschland nur 20 Prozent. Wenn die alten Bundesländer hier aufholen würden, könnte das die Position Deutschlands insgesamt stärken, meinte er. Zudem müsse man sich bewusst machen, dass die Erneuerbaren Energien ein großer Wirtschaftsfaktor sind: In diesem Bereich gebe es fast 90.000 Beschäftigte, was 1,8 Prozent aller Beschäftigten entspricht. Längere Zeit habe es hier eine starke Abhängigkeit von Subventionen gegeben, speziell im Solarbereich, doch dann habe man die politische Entscheidung getroffen, diese Subventionen zurückzufahren bzw. zu streichen. Nach Auffassung von Freier hätte man noch eine Weile weiterfördern können, weil Ostdeutschland bei den Erneuerbaren Energien über besondere Qualitäten verfüge, die ausbaufähig sind – und dadurch die Chance besteht, andere strukturelle Nachteile auszugleichen. So gibt es zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern oder in Brandenburg andere Möglichkeiten zum Aufstellen von Windrädern als in Nordrhein-Westfalen. Wenn in einem wirtschaftlichen Sektor hohe Anfangsinvestitionen nötig sind, könne der Markt das nicht alleine regeln, meinte Ronny Freier. Auch in der alten Bundesrepublik Deutschland habe man in die Atomenergie 50 Milliarden Euro staatliche Subventionen investiert. Würde man nur einen Bruchteil dieser Summe in die Erneuerbaren Energien investieren, würde das Deutschland sicher voranbringen, so Freier.

Infrastrukturausbau

Aus dem Jahresbericht 2014 zur Deutschen Einheit lässt sich ableiten, dass die Netzentgelte zum Standortnachteil für die ostdeutsche Wirtschaft geworden sind und dieser Bereich reformiert werden muss. Britta Hilpert verdeutlichte die Problematik: Bei den Netzentgelten werden die Kosten für den Netzausbau in einem bestimmten Netzgebiet auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt. Das bedeutet, dass

die Netzzulage pro Kopf umso höher ist, je weniger Menschen in einem Netzgebiet leben und je stärker das Netz dort ausgebaut wird. Dies führt zum Beispiel dazu, dass in der Prignitz das Netzentgelt inzwischen über 30 Prozent des Energiebezugspreises für den Privatverbraucher ausmacht, in Nordrhein-Westfalen aber nur ungefähr halb so viel: 7 Cent gegen 4 Cent pro Kilowattstunde. Kann man daraus nun den Schluss ziehen, dass sich Avantgarde bei den Erneuerbaren Energien nicht auszahlt?

Nach Auffassung von Iris Gleicke zahlt es sich dennoch aus, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien die Wirtschaft klar gestärkt hat: Im Umfeld Erneuerbarer Energien seien viele neue Dienstleistungen und Arbeitsplätze entstanden. Das Thema Netzentgelte sei ein eigenständiges Thema und nicht auf die Erneuerbaren Energien beschränkt. Entscheidend seien hier vielmehr die vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Infrastrukturen. Sie erinnerte daran, dass zu DDR-Zeiten das Heizen in Privathaushalten noch sehr fehleranfällig war; nicht selten sei im Winter der Strom ausgefallen. Diese marode Infrastruktur sei nach 1990 modernisiert worden und man habe die Investitionen über den regionalen Strompreis „abgearbeitet“. Gleicke erläuterte, dass durch die Umlage der Kosten für die Infrastrukturmodernisierung die Stromkosten ebenso wie die Wasserkosten in Ostdeutschland relativ zügig gestiegen sind. Deshalb habe sie auch immer das Argument für unsinnig



gehalten, die Löhne in Ostdeutschland könnten niedriger sein, weil dort die Kosten für Mieten, Strom und Wasser auch nicht so hoch seien wie in Westdeutschland.

Der Leitungsausbau für die Erneuerbaren Energien muss über ein gerechtes System finanziert werden.

Für Iris Gleicke wäre eine bundesweite Umlage aller Netzausbaukosten der falsche Weg, weil die Ostdeutschen dann doppelt zahlen müssten: über die regionale und die bundesweite Umlage. Der nach wie vor erforderliche Leitungsausbau für die Erneuerbaren Energien müsse über ein gerechtes System finanziert werden, das auch berücksichtigt, wohin der Strom geht. So produziere Brandenburg zum Beispiel mehr Strom aus Erneuerbaren Energien als aus Braunkohle. In ganz Ostdeutschland werde mehr Strom produziert als verbraucht, und dieser Strom werde unter anderem nach Bayern und Baden-Württemberg transportiert. Dann müssten sich aber auch die Bayern und Baden-Württemberger an den Leitungskosten beteiligen.

Abwanderung und Fachkräftebedarf

Bei Infrastrukturmaßnahmen habe man in Ostdeutschland oft Effekte beobachtet, die nicht vorhergesehen wurden bzw. nicht geplant waren, meinte Ronny Freier. Ein Autobahnanschluss führe nicht zwingend dazu, dass sich im nun verkehrsgünstig gelegenen Gewerbegebiet Firmen ansiedeln, sondern er verkürze auch die Wege für ortsansässige Pendlerinnen und Pendler: Eine bessere Verkehrsanbindung könne eben auch dazu genutzt werden, um weiter entfernt in Westdeutschland zu arbeiten – etwa 7 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten arbeiten in den alten Bundesländern.

Die Beauftragte für die neuen Bundesländer merkte dazu an, dass es aber auch Gründe habe, warum so viele Menschen Ostdeutschland verlassen oder zu einer Arbeitsstelle im Westen pendeln. Ein wichtiger Grund seien die besseren Einkommensmöglichkeiten in Westdeutschland.

Die Ostdeutschen wollten für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn. Viele junge Leute, insbesondere ungebundene ohne Immobilieneigentum oder Pflegeaufgaben, würden deshalb für den Arbeitsplatz in den Westen umziehen. Auch wenn diese Abwanderungstendenzen für viele ostdeutsche Regionen sehr problematische Folgen haben, müsse man doch froh sein über jeden jungen Menschen, der in Westdeutschland eine Ausbildung absolviere oder eine Stelle antrete, statt zu Hause zu sitzen und nichts zu tun.

In Bezug auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel stehe Ostdeutschland vor besonders großen Herausforderungen, so Iris Gleicke. Wichtige Ursachen liegen aus ihrer Sicht im Geburtenknick Anfang der 1990er Jahre in Ostdeutschland und in der Abwanderung aus den neuen Ländern, insbesondere junger, qualifizierter Frauen. Für die ostdeutsche Wirtschaft, die von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt ist, stelle sich das Fachkräfteproblem sehr viel größer dar als für die westdeutsche Wirtschaft. Große Konzerne könnten eine ganz andere Fachkräfterekrutierung als KMUs betreiben, weil sie über eine große Personalabteilung und ausreichend finanzielle Mittel verfügen. So sei es ihnen zum Beispiel möglich, schon in Schulen und Hochschulen um potenzielle Fachkräfte zu werben und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt auszuwählen. An dieser Stelle bräuchten die KMUs in Ostdeutschland Unterstützung, um die erforderlichen Möglichkeiten und Plattformen zu schaffen. Durch entsprechende Anreize könnte man dem Abwanderungsprozess etwas entgegengesetzt und Menschen dazu bewegen, wieder nach Ostdeutschland zurückzukehren.

Allerdings müssten dafür auch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören nach Iris Gleicke unter anderem eine verbesserte Unternehmenskultur, ausreichend Betreuungsangebote für Kinder und adäquate Lohn- bzw. Einkommensmöglichkeiten. Positiv wertete sie, dass der Mindestlohn als unterste Haltegrenze in Ost und West in gleicher Höhe festgelegt wurde. Auch sei die Ankündigung der Gewerkschaften, bei Tarifabschlüssen keine Unterschiede zwischen Ost und West mehr zu machen, zu begrüßen. Bei der Tarifbindung

gebe es aber noch Handlungsbedarf. „Es kann nicht sein, dass wir im Pflegebereich einen Tarifvertrag bekommen, der wieder den Ost-West-Unterschied zementiert“, sagte Gleicke.

Es braucht eine verbesserte Unternehmenskultur, ausreichend Betreuungsangebote für Kinder und adäquate Lohn- bzw. Einkommensmöglichkeiten.

Instrumente der Wirtschaftsförderung

Christian Maaß warf einen Blick auf die Anfänge der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland: In den ersten Jahren nach 1990 sei die Förderung noch von der Illusion getragen gewesen, man müsse in Ostdeutschland nur westliche Standards der Infrastruktur etablieren, wie zum Beispiel Eisenbahn- und Autobahnanschlüsse, dann würde die Wirtschaftskraft schon automatisch folgen. So habe man in den neuen Ländern eine Zeit lang sehr viele Gewerbegebiete erschlossen, die dann aber nicht die wirtschaftliche Belebung nach sich zogen. „Das, was an klassischen Instrumenten der Wirtschaftsförderung aus den alten Ländern mitgebracht wurde, hat nicht immer funktioniert“, bilanzierte Christian Maaß. Allerdings habe es eine Weile gedauert, bis man zu dieser Ehrlichkeit gekommen ist und die Kommunen sich von dieser Vorstellung verabschiedet haben. Inzwischen hat sich nach Ansicht von Maaß aber die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine gut entwickelte Infrastruktur für wirtschaftlichen Erfolg zwar notwendig, aber eben nicht hinreichend ist. Zudem sei klar geworden, dass sich Wirtschaftskraft nicht plötzlich entwickelt, sondern viel Zeit brauche. Man müsse – auch künftig – mit längeren Anpassungsentwicklungen rechnen und dürfe den Menschen keine falschen Versprechungen machen, zum Beispiel dass Pendler schon bald einen Arbeitsplatz in ihrer näheren Umgebung finden würden.

Christian Maaß betonte, dass sich mittlerweile einige Standorte in Ostdeutschland schon gut entwickelt hätten, es in vielen Regionen aber

auch noch erhebliche Probleme gebe. Er verwies auf die drohende Schließung bzw. den umfassenden Stellenabbau in den Brandenburger Fahrzeugwerkstätten der Deutschen Bahn als einem der wichtigsten Arbeitgeber in der Region. Von einer Schließung sei aktuell der Standort Eberswalde bedroht und viele Arbeitsplätze könnten wegfallen, was gravierende Auswirkungen auf die gesamte Region hätte, so Maaß.

Das Prinzip „Stärken stärken“ führt in Ostdeutschland bereits zum Erfolg.

Ein geeigneter Weg ist aus seiner Sicht, bereits funktionierende Standorte besonders zu fördern. Bei diesem Prinzip der „Stärken stärken“ sei darauf zu achten, dass immer auch das Umland profitiert. Als erfolgreichen Standort in Brandenburg nannte er die Stadt Oranienburg im nördlichen Berliner Umland. Dort habe sich der Pharmabereich nach großen Investitionen sehr gut entwickelt, sodass nun auch das Umland von neuen Arbeitsplätzen profitieren könne. Das Land Brandenburg habe damit begonnen, verstärkt nach diesem Prinzip zu fördern, um die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land voranzutreiben. Allerdings sei dabei zu berücksichtigen, dass es realistischerweise zukünftig keine großen Industriestandorte mit mehreren Tausend Beschäftigten in Ostdeutschland mehr geben wird. Es könne aber durchaus schon als Erfolg gewertet werden, wenn mehr als tausend Arbeitsplätze in einem Industriebetrieb an einem Standort geboten werden, wie zum Beispiel in Schwedt an der Oder im Bereich der Papierindustrie.

Im Hinblick auf die Wirtschaftskraft wurden die großen Diskrepanzen innerhalb Ostdeutschlands thematisiert: So gibt es schon einige aufstrebende Regionen durch Entwicklungscluster und Wachstumskerne, sowie vereinzelte wirtschaftliche Leuchttürme, zum Beispiel Leipzig oder Dresden, doch müssen auch zahlreiche kleine und mittlere Städte und strukturschwache Regionen um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen.



Ronny Freier verdeutlichte, dass in vielen ostdeutschen Regionen ein schwieriger Anpassungsprozess vollzogen werden musste, was er am Beispiel der Stadt Rathenow erläuterte, einem traditionellen Standort der optischen Industrie. Laut einem früheren Sozialplan sollte dort ein zukunftssträchtiger Produktionsstandort der optischen Industrie mit mehreren tausend Beschäftigten entstehen. Tatsächlich seien es heute aber nur ein paar hundert Stellen bei einem Augenoptik-Unternehmen, so Freier. An diesem Standort habe ein „natürlicher Anpassungsprozess“ stattgefunden, der für die Menschen vor Ort zwar sehr bitter sei, für den aber keiner etwas könne. Auch wenn die demografischen Prognosen für einige ostdeutsche Regionen nicht gerade optimistisch stimmten, ist Freier dennoch davon überzeugt, dass in Ostdeutschland inzwischen schon viel von dem notwendigen Weg der Anpassung geschafft wurde.

In Ostdeutschland wurde schon viel vom notwendigen Weg der Anpassung geschafft.

Die bisherigen Erfahrungen haben nach Ronny Freier gezeigt, dass auch eine aktive Wirtschaftspolitik nicht immer zum Erfolg führt. Dies verdeutliche das Beispiel Premnitz sowie die massive Förderung der Zeppelin-Werke, mit der man letztlich gescheitert sei. „Insofern würde ich dafür plädieren, dass man erst einmal den Markt wirken lässt und dann schaut, welche Förderung sinnvoll ist“, sagte Freier.

Dieser Vorschlag wurde von Christian Maaß kritisch gesehen. Man müsse sich die Wirkmechanismen des Marktes bewusst machen: „Im Markt findet ja nicht nur ein Wettbewerb statt, der durch Ideen, durch Leistungen vorangetrieben wird. Es gibt auch Hierarchie und Machtstellungen.“ Das Beispiel Premnitz in Brandenburg zeige doch sehr deutlich, dass vorhandene Potenziale in Ostdeutschland nach 1990 häufig keine Chance bekommen hätten. So sei der traditionelle Industriestandort, der seit Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Chemiewerke I.G. Farben geprägt war, in der DDR der 1980er Jahre teilweise durch sehr moderne Technologie gekennzeichnet gewesen. Für diese sei jedoch nach 1990 am Markt kein Platz mehr gewesen, weil sich dort starke Player aus den westdeutschen Ländern breit gemacht hätten. Erfolg am Markt habe eben nicht nur etwas mit Leistung, sondern auch viel mit der Kapitalausstattung zu tun, die zum Beispiel darüber entscheide, wie lange man am Markt mit welchem Produktangebot und zu welchen Preisen „durchhalten“ könne.

Die Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Standorte gut entwickeln können.

Insofern sollte der Staat nach Christian Maaß weiterhin eine aktive Wirtschaftspolitik verfolgen, allerdings nicht alte Wege beschreiten, sondern nach neuen, geeigneten Lösungsansätzen suchen. Die Politik habe die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Standorte gut entwickeln können.

Neuer Pakt für Ost und West

Der Solidarpakt II zum Aufbau Ost läuft 2019 aus. Gegenwärtig wird darüber diskutiert, ob für strukturschwache Regionen in Ost und West ein gemeinsamer neuer Pakt geschnürt werden sollte. Oder ist es notwendig, dass ostdeutsche Regionen weiterhin eine besondere Förderung erhalten – und wenn ja, wie lange?

Ronny Freier verwies auf wichtige Unterschiede in Ost und West: So sei das Pro-Kopf-Inlandsprodukt in Ostdeutschland nach wie vor deutlich niedriger als in Westdeutschland, die Löhne seien im Durchschnitt geringer und vor allem beim Vermögen bestünden noch gravierende Diskrepanzen. Zwar gebe es in Ostdeutschland wirtschaftliche Leuchttürme, aber auch einige sehr strukturschwache Regionen, die auch in Zukunft von massivem demografischem Wandel geprägt sein werden und in denen der Fachkräftemangel schon heute spürbar ist. Dabei zeige sich häufig eine negative Spirale: Qualifizierte Leute ziehen aus der Region weg, weil nicht genügend gute Jobangebote vorhanden sind, und Firmen bauen weniger qualifizierte Arbeitsplätze auf, weil sie Probleme haben, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finden. „Deshalb ist eine weitere Förderung im Osten absolut notwendig“, sagte Ronny Freier.

Eine weitere Förderung im Osten ist nach wie vor notwendig.

Ronny Freier verwies auf die nach wie vor bestehende „Produktionslücke“⁶ in Ostdeutschland: Die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern liege in Summe immer noch 8 Prozent über dem Wert der einheimischen

⁶ Die Produktionslücke beschreibt die Differenz zwischen der einheimischen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern und der einheimischen Produktion. Ist diese Lücke geschlossen, kann von einer „selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung“ gesprochen werden, die nicht mehr durch öffentliche Kapitalströme oder Transfers finanziert werden muss. Vgl. Frank Scharr: Aufbau Ost 20 Jahre nach dem Mauerfall: Ziele und Aufgaben für die nächsten Jahre. Ifo-Schnelldienst 62. Jg., 18/2009, S. 44.

Produktion. Insgesamt müssten ungefähr 30 Milliarden Euro finanziert werden – entweder durch wachsende Verschuldung oder durch Transfer aus dem Westen, etwa durch den Solidarpakt, im Bereich der sozialen Sicherungssysteme oder durch den Länderfinanzausgleich. Am Ende sei es egal, über welchen Weg die Mittel kämen, entscheidend sei nur, dass sie kommen müssen. Tatsache sei allerdings auch, dass viele Kommunen in Ost *und* West strukturelle Probleme hätten, die sie lösen müssen. Insofern könne man das Argument, Förderung nicht nur nach Himmelsrichtung zu betreiben, gut nachvollziehen.

Es bedarf funktionierender Entlastungsmechanismen für finanzschwache Kommunen in Ost und West.

Christian Maaß erinnerte daran, dass die Kommunen schon länger eine finanzielle Entlastung fordern. Hier diskutiere man auch schon unterschiedliche Ansätze, momentan verstärkt die Idee, dass der Bund im Sozialbereich einen höheren Anteil an den Kosten für die Unterkunft übernimmt. Mit diesem Instrument könnte den strukturschwachen Kommunen insgesamt geholfen werden, unabhängig davon, in welchem Landesteil sie sich befinden.⁷ Auch im Westen gebe es einige strukturschwache Gebiete und Kommunen in akuter Finanznot; insofern bedarf es nach Maaß funktionierender Entlastungsmechanismen für alle finanzschwachen Kommunen in Ost und West. Die stärkere Übernahme von Kosten für die Unterkunft sei ein relativ gerechter Verteilungsmechanismus, weil dabei zum Beispiel auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen einbezogen wird und konkrete Belastungen der Kommunen abgedeckt werden können.

⁷ Nach der Konferenz, im Dezember 2014, wurde eine Entlastung der Kommunen durch den Bund beschlossen: Der Bund übernimmt zwischen 2015 bis 2017 einen höheren Anteil an den Kosten für Unterkunft und Heizung und überlässt den Gemeinden zugleich einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Siehe <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/08/2014-08-20-kabinett-entlastung-kommunen.html> (02.03.2015).



Ronny Freier



Christian Maaß

In der Diskussion um den Länderfinanzausgleich spielt immer auch die Frage eine Rolle, inwiefern die kommunale Finanzsituation mit angerechnet wird. Maaß erläuterte, dass die finanzstarken Länder zur Auffassung tendierten, diese nur zu einem bestimmten Teil mit anzurechnen. Doch wäre es aus seiner Sicht wichtig, eine gerechte Verteilung über das gesamte Bundesgebiet zu erreichen: Würde man die kommunale Finanzsituation im Länderfinanzausgleich stärker gewichten, könnten struktur- und finanzschwache Regionen und Kommunen in Ost und West gleichermaßen partizipieren. Dann würde ein großer, erfolgreicher Leuchtturm wie die Stadt Jena zwar weniger Förderung erhalten, aber wirtschaftsschwächere Städte wie Cottbus, Frankfurt/Oder oder andere Industriestädte würden wiederum stärker davon profitieren.

Man müsse den Blick auf Gesamtdeutschland und die Situation der Kommunen in Ost und West richten, wenn kommunale Solidarität ernst genommen werden soll, so die Auffassung von Christian Maaß. Wer eine besondere Förderung für die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland wolle, müsse ehrlicherweise auch sagen, dass in Westdeutschland einige Städte, Kommunen und Regionen ebenso Hilfe bräuchten und unterstützt werden müssten. „Nur allein für sich Unterstützung einzufordern, darauf zu pochen, dass man nur selbst dieses Alleinstellungsmerkmal der Strukturschwäche hat, das ist nicht zeitgemäß, nicht solidarisch“, sagte Maaß.

Wenig überzeugt zeigte sich Ronny Freier von dem Vorschlag, die relativ niedrigen Verschuldungszahlen im Osten zum Anlass zu nehmen, um im Länderfinanzausgleich weniger Umverteilung zu fordern. In der ostdeutschen Haushaltspolitik seien in den letzten Jahren große Erfolge zu verzeichnen, die auf große Anstrengungen zurückgeführt werden könnten. Es sei nicht nachvollziehbar, wenn aufgrund einer stärkeren Anrechnung der Finanzsituation nun gerade in ostdeutschen Ländern und Kommunen massive Einschnitte kämen, nur weil sie in den letzten Jahren sehr gut gearbeitet und ihre Finanzen stabilisiert hätten. Er verwies auf Sachsen, das inzwischen die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer aufweist und ein Transparenzsystem in Bezug auf die Verschuldung geschaffen hat. „Wenn man schaut, wer ein positives Haushaltssaldo hatte, dann sind das die ostdeutschen Länder. Sie haben ihre Kommunen stärker reguliert. (...). Da ist der Osten Avantgarde. Es wäre bitter, wenn das dem Osten jetzt auf die Füße fällt“, meinte Freier.

In der Haushaltspolitik sind ostdeutsche Kommunen Avantgarde.

Aus Sicht von Everhard Holtmann ist die Geschichte des Länderfinanzausgleichs und des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik – auch und gerade nach der Einigung – eine Erfolgsgeschichte: „Man hat sich in einer bemerkenswerten Weise politisch, ökonomisch, über Parteigrenzen und Ländergrenzen hinweg im Verhältnis Bund und Länder einigen können.“ In der aktuellen Diskussion seien drei Punkte zu beachten: Erstens sei es wenig überraschend, dass die ostdeutschen Länder bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich nicht in die Vorlage gehen, da sie mit einer gewissen Berechtigung sagen könnten: Wenn uns die westdeutschen Länder, die Geberländer, nicht in einem bestimmten Maße entgegenkommen, dann lassen wir alles so, wie es ist. Mit dem Status quo könnten die ostdeutschen Länder in Zukunft nämlich ausgesprochen gut leben – und wenn kein neuer Länderfinanzausgleich vereinbart werde, gelte das alte Recht fort. Zweitens müsse man die Ost-West-Teilung in der Förderung künftig durch kleinteilige Förderungen auf der subregionalen Ebene ergänzen, so Holtmann.

Drittens sei nicht nur die reine Verteilungsmasse im Länderfinanzausgleich entscheidend. Wenn andere Förderprogramme mit hinzu genommen werden, etwa das Städtebauförderungsprogramm, dann sehe man à la longue, dass Ostdeutschland hiervon sehr wohl substantiell profitiert habe und wahrscheinlich auch weiterhin davon profitieren werde, da die Förderprogramme im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes nicht zur Disposition stehen.

Iris Gleicke bestätigte, dass die Städtebauförderprogramme weiterlaufen und zudem mit erheblichen Mitteln aufgestockt werden sollen. Dies sei im Koalitionsvertrag und im Bundeshaushalt festgelegt worden. Insofern habe man hier Wichtiges erreicht. Allerdings dürfe man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Man könne zwar der Meinung sein, dass Leuchttürme in Ostdeutschland wie zum Beispiel Dresden eine geringere Förderung als ostdeutsche Kommunen in strukturschwachen Regionen bräuchten – und auch weniger Förderung im Vergleich zu armen Städten in den alten Bundesländern. Doch in der Gesamtschau zeige sich ein anderes Bild: Sachsen als das wirtschaftlich stärkste ostdeutsche Land liege beim Bruttoinlandsprodukt zwar 6 Prozent vor Mecklenburg-Vorpommern, aber immerhin noch 14 Prozent hinter Schleswig-Holstein, dem wirtschaftlich schwächsten Flächenland der alten Bundesrepublik. Auch im Vergleich der Kommunen könne Ähnliches festgestellt werden.



Natürlich hätten auch westdeutsche Städte und Kommunen große Probleme und müssten unterstützt werden. Doch müsse auch die Anstrengung vieler ostdeutscher Länder gewürdigt werden, die in den letzten Jahren ihre Haushalte saniert und ihre Verschuldung zurückgefahren haben. „Hier ist der Osten wirklich Avantgarde“, meinte Iris Gleicke. In Ostdeutschland ohne Berlin betrage die Verschuldung nun 6.829 Euro je Einwohner, in den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands dagegen 10.350 Euro. Das sei doch ein signifikanter Unterschied.

Notwendig ist ein festes Bündnis der strukturschwachen Regionen.

Allerdings ist es für Iris Gleicke fraglich, ob sich die finanzschwachen Kommunen in Ost und West auf gemeinsame Forderungen einigen können. Sie plädiere schon seit Langem für ein festes Bündnis der strukturschwachen Regionen. „Wir brauchen ein solidarisches Bund-Länder-Finanzausgleichssystem, in das die kommunalen Probleme einbezogen werden“, sagte sie. Die Anschlussförderung für Ostdeutschland sollte keine reine Ostförderung sein, sondern eine Förderung für strukturschwache Regionen in Ost- und Westdeutschland, so Iris Gleicke.

Dennoch müssten die Strukturunterschiede in der ganzen Bundesrepublik berücksichtigt werden. Bei den Verhandlungen zum Bund-Länderfinanzausgleich werde es auch darum gehen, die innerdeutschen Unterschiede zu verdeutlichen. Nach Ansicht von Iris Gleicke wurde bisher keineswegs nur nach Himmelsrichtungen gefördert, wie häufig behauptet werde. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als gemeinsames Instrument der Wirtschaftsförderung von Bund und Ländern zeige das sehr deutlich: Seit längerem waren sechs Siebtel der Mittel für Ostdeutschland reserviert, ein Siebtel bekamen die alten Bundesländer. Seit Juli 2014 gibt es nun eine neue Förderkarte, die ganz allein auf Strukturdaten wie zum Beispiel BIP, Einkommen oder Arbeitslosigkeit abstellt. Infolgedessen gehen nun 80 Prozent der Fördermittel nach Ostdeutschland, 20 Prozent

nach Westdeutschland. Es ginge also nicht einfach um eine Förderung nach Himmelsrichtung, sondern nach Strukturdaten, meinte Iris Gleicke.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode hat sich Iris Gleicke für einen Solidarpakt strukturschwacher Regionen in Ost und West eingesetzt. Dennoch bedarf es aus ihrer Sicht weiterhin einer Person, die sich um die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland kümmert und ihr Sprachrohr ist. „Den Ostbeauftragten, die Ostbeauftragte braucht es solange, solange es solche Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Wir arbeiten daran, dass es diese nicht mehr gibt. Aber im Moment ist das noch so“, sagte Iris Gleicke. Als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer wolle sie ihr Amt aber etwas anders ausfüllen als ihre Vorgänger: Sie richte ihren Fokus zwar auf Ostdeutschland, doch versuche sie immer, diese Fokussierung mit einem übergreifenden Blick auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland zu verbinden.



VORWÄRTS, UND NICHT VERGESSEN?

30- BIS 40-JÄHRIGE REFLEKTIEREN DIE
DEUTSCHE EINHEIT



Einführung

Franziska Richter

Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

In unserer Veranstaltung „Vorwärts, und nicht vergessen?“ beleuchteten wir das Thema Deutsche Einheit aus generationspezifischer Sicht. Damit setzten wir die Reihe „Zur Lage der Generationen“ fort, die das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2006 etabliert hat. Hier richten wir den Fokus auf spezifische Fragen der Generationen, um diese dann im gesamtgesellschaftlichen Kontext mit unterschiedlichsten Akteuren zu diskutieren.

Warum haben wir die Reflexionen der 30- bis 40-Jährigen in den Mittelpunkt gestellt? 1989 waren die heute 40-Jährigen Jugendliche oder junge Erwachsene. Sozialisiert in zwei verschiedenen politischen Systemen, haben sie den Umbruch der deutschen Politik und der Gesellschaft sowie die Realitäten eines sich neu findenden Deutschlands erlebt. Die heute 30-Jährigen waren noch Kinder, als die politische „Wende“ kam. Sie haben über den Umbruch vor allem über die Geschichten ihrer Eltern erfahren. Die Generation der 30- bis 40-Jährigen wird morgen die Geschicke dieses Landes maßgeblich beeinflussen und Debatten darüber führen, welche Themen und Bilder für die künftige gesellschaftliche Entwicklung wichtig sind.

Von ostdeutscher Seite gibt es schon einige Reflexionen über diese Generation – man hört von „Zonenkindern“, „Eisenkindern“ oder der „Dritten Generation Ostdeutschland“. Es gibt die Auffassung, die Angehörigen dieser Generation hätten eine größere Bereitschaft, sich auf Veränderungen einzulassen. Gleichzeitig neigten sie aufgrund des tief greifenden Umbruchs, den sie und ihre Eltern 1989 erlebt haben, zur „stillen Wut“ und Radikalität. Ihre westdeutschen Altersgenossen



Franziska Richter

werden bisweilen der „Generation Golf“ zugeschrieben. Der politische Umbruch hätte zu keinerlei Veränderungen in ihrem Leben geführt und ihr Interesse am Thema sei daher marginal. Aber treffen diese Zuschreibungen überhaupt zu?

In der Diskussionsrunde haben wir unter anderem darüber gesprochen, wie die heute 30- bis 40-Jährigen den Umbruch 1989 erlebt haben und welche Erfahrungen sie aus ihrer Sozialisation und der jüngsten Geschichte mitgenommen haben. Gibt es nach wie vor eine geteilte Erzählung Ost und West? Oder schreiben wir schon längst an einer gemeinsamen Erzählung? Dies wollten wir gern erfahren. Daher haben wir sechs Akteure aus Ost und West – aus den Bereichen Politik, Medien, Bildung, Landwirtschaft, Film, Literatur und Theater – eingeladen, zu diesen Fragen miteinander ins Gespräch zu kommen. Iris Gleicke, die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, nahm unsere Einladung gerne an, eine inhaltliche Einführung ins Thema zu geben.

Die Veranstaltung haben wir unter den etwas abgewandelten Titel des Solidaritätsliedes von Bertolt Brecht: „Vorwärts, und nicht vergessen?“ gestellt – im Sinne von: Was machen wir mit all den Erfahrungen der letzten 25 Jahre? Denken wir rückwärts und vergessen die Zukunft, oder denken wir vorwärts und vergessen die Vergangenheit, oder nehmen wir die Vergangenheit in die Zukunft mit? Und wenn ja, welche Teile von der Vergangenheit nehmen wir mit? Viele Fragen ... – und ich bin mir sicher, wir haben einige spannende Antworten darauf gefunden.

25 Jahre später – Was war, was ist, was bleibt?

VORTRAG

Iris Gleicke, MdB

Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie



Hier und heute soll es ja um die 30- bis 40-Jährigen gehen und darüber, wie sie die Deutsche Einheit reflektieren. Dieser Altersgruppe kann man mich auch bei allergrößtem Wohlwollen nicht mehr zuordnen. Doch ich hoffe, zu dieser Diskussion dennoch den einen oder anderen interessanten Gedanken beisteuern zu können.

In diesem Jahr 2014 sehe ich – neben den Revolutionsfeierlichkeiten – auch einem eigenen, ganz persönlichen Jubiläum entgegen: Ich war 25 Jahre alt, als die Ostdeutschen die Mauern eingedrückt bzw. eingerissen haben. Beide Begriffe halte ich für wesentlich zutreffender als das Wort „Mauerfall“. Denn die Mauer ist ja nicht einfach umgefallen. Nein, das war schon

eine richtige Revolution damals, eine friedliche zumal, in der kein Schuss fiel, worauf wir mächtig stolz gewesen sind und immer noch sein dürfen.

Ich hatte damals ein kleines Kind und habe diese revolutionären Zeiten zum größten Teil in der südthüringischen Kleinstadt Schleusingen verbracht, wo ich herkomme und wo ich bis heute lebe. Den eigentlichen Moment der Grenzöffnung habe ich damals schlicht und ergreifend verschlafen. Ich hatte zwar den Fernseher laufen, aber als Schabowski seine berühmten Worte sprach, schlief ich auf meinem Sofa tief und fest. Es war eben auch in der DDR ziemlich anstrengend, eine alleinerziehende, berufstätige Mutter zu sein.

Von diesem Punkt aus möchte ich mich meinem Thema nähern: Was war, was ist, was bleibt? Als junge Frau und Mutter, die ich damals war, als SPD-Politikerin und Ost-Beauftragte der Bundesregierung, die ich heute bin, und als Ostdeutsche, die ich immer sein werde.

Man kann heutzutage den Eindruck gewinnen, die Revolution habe vornehmlich, wenn nicht sogar ausschließlich, in Berlin und Leipzig stattgefunden. Aber dem war nicht so. Die Unzufriedenheit, die Wut, die Erbitterung und auch die Enttäuschung war überall spürbar und greifbar, auch in meinem kleinen Schleusingen. Auch dort haben wir Kerzen ans Fenster gestellt. Ich war damals in der Kirche und im Neuen Forum engagiert und ich war – wie andere auch – hin- und hergerissen. Wir hatten Angst vor der chinesischen Lösung bei den aufkommenden Massenprotesten in Leipzig und in anderen Städten, und wir hatten so unglaublich viel Hoffnung. Das war die Art Angst und die Art Hoffnung, die einen nie verlässt und die man niemals vergisst. Ich habe mich daran wieder sehr genau erinnert, als wir vor wenigen Wochen im Bundestag an die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 als den Beginn der Friedlichen Revolution erinnert haben. Damals haben mutige Bürgerinnen und Bürger diesen unverschämten und dreisten Wahlbetrug öffentlich und für alle sichtbar gemacht. Was uns danach an Dramatik und Dynamik bevorstand, und wie schnell das alles gehen würde, ahnte damals noch niemand.



Erinnern wir uns! Wie war die DDR eigentlich? Typisch für den Alltag in jener Zeit war in meiner Wahrnehmung die offizielle Selbstbeweihräucherung von Partei und Regierung bei alles durchdringender staatlicher Kontrolle. Ein wirklich furchtbares Beispiel dafür waren die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Republik. Die Staatsorgane mischten sich einfach in alles ein – natürlich stets zum Wohle des Sozialismus bzw. zur Abwehr des Klassenfeindes. Vor dem Hintergrund des Erstarkens der Freiheitsbewegungen in unseren benachbarten Bruderländern und des von Gorbatschow angeschobenen Reformprozesses in der Sowjetunion reagierte die Greisenriege im ZK zunehmend hilflos und isoliert. Ich erinnere an das Sputnikverbot im Herbst '88 und an die Reisebeschränkung in die benachbarte Tschechoslowakei im Herbst '89. Erich Honecker verkündete dennoch trotzig: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Und Kurt Hager wollte keine neuen Tapeten, nur weil die Nachbarn fleißig renoviert hatten. Makaber und erschreckend wirkte auf uns das Bekenntnis der DDR-Führung zum Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens. „Volksbefreiungsarmee schlägt konterrevolutionären Aufruhr nieder“ – so hieß das dann im „Neuen Deutschland“ vom 5. Juni 1989. Gorbatschows Glasnost und Perestroika wurde starrsinnig der Sozialismus in den Farben der DDR entgegengesetzt.

Der Widerspruch zwischen den hehren Zielen des entwickelten Sozialismus und der Realität trat immer offener zutage. Niemand von uns wusste, wie katastrophal die wirtschaftliche Lage der DDR Ende der 80er Jahre tatsächlich war und dass nur Westkredite einen Staatsbankrott verhinderten. Gleichzeitig kam es wegen fehlender Modernisierung in den Industriezentren wie Halle, Leipzig und Bitterfeld zu großen Umweltbelastungen, gegen die sich unter dem Dach der Kirchen oppositionelle Umweltgruppen formierten. Die zunehmende Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit griff damals vor allem unter jungen Leuten um sich. Immer mehr stellten einen Ausreiseantrag und gingen mit ihren Familien weg. Der Kreis der Freunde und Bekannte, die noch da waren, wurde immer kleiner.

Manch einer neigt heute dazu, den Alltag in der DDR von dieser Endphase her zu deuten. Darüber wird gerne vergessen, dass es einen ganz normalen DDR-Alltag gab. Das war die Art von Alltag, in dem wir zum Beispiel in die Disco gegangen sind und uns prächtig amüsiert haben, obwohl wir wussten, dass die Stasi mittantzt. Und natürlich haben wir auch nackt in der Ostsee gebadet oder verbotenerweise wild gezellet oder andere unglaubliche Dinge getan, die man so „armen Opfern der Diktatur“ wie uns eigentlich überhaupt nicht zugetraut hätte. Auch der erste Kuss hat bei uns sicher nicht schlechter geschmeckt als im Westen.

„Die Bürgerinnen und Bürger der DDR haben in ihrer großen Mehrheit ganz einfach versucht, das richtige Leben im falschen System zu führen.“

Die Bürgerinnen und Bürger der DDR haben in ihrer großen Mehrheit ganz einfach versucht, das richtige Leben im falschen System zu führen. Das war gewiss kein vollkommenes Leben und es war auch kein Leben in Freiheit, im Sinne des Lebens in einer freiheitlichen modernen Demokratie, wie wir sie heute, Gott sei Dank, haben. Aber es war eben auch kein von vornherein schlechtes Leben. Es war unser Leben! Und es war in vielerlei Hinsicht ein – trotz aller Einschränkungen und Bedrückungen – schönes Leben mit kleinen und großen Erfolgen und kleinen und großen Niederlagen.

Das Bild, das man im Westen von uns hatte, war anders. Dort hatte man Ostdeutsche wahrgenommen, die vor und während der Friedlichen Revolution in rasender Geschwindigkeit den aufrechten Gang erlernt hatten. Menschen, die mutig der Staatsgewalt getrotzt und die Diktatur hinweggefegt hatten. Wir waren auf einmal Helden. Und wenn wir schon selber keine waren, dann hatten wir doch eine Menge Helden vorzuweisen. Außerdem waren wir Opfer: Opfer der Diktatur, Opfer der Stasi, Opfer der Propaganda. Täter gab es natürlich auch: die Stasispitzel, die Mauerschützen, die Mitglieder des Politbüros, die linientreuen Lehrer und Journalisten. Und es gab natürlich die Mitläufer, die alles mitmachten und dabei möglichst wenig anecken wollten. Willy Brandt hat einmal gesagt, dass wir nicht zu Helden geboren sind. Ich denke, das gilt ebenso für die Opfer, für die Täter und auch für die Mitläufer.

Ich möchte hier nicht missverstanden werden – das hat es alles wirklich gegeben. Ich will überhaupt nichts verniedlichen, nichts beschönigen. Ich finde es unsäglich, was man Jürgen Fuchs und anderen angetan hat. Als Beauftragte für die neuen Bundesländer bemühe ich mich sehr darum, Forschungslücken zu schließen, etwa bei den Zwangsarbeitern in DDR-Gefängnissen. Und ich werde mich immer für eine anständige Entschädigung der Opfer einsetzen, wie beispielsweise für Heimkinder.

Aber all das – die Helden, die Opfer, die Täter, die Mitläufer –, all das beschreibt auch nicht annähernd vollständig den Alltag der DDR, an den ich mich erinnere und an den viele andere sich ebenfalls erinnern.

„Die Helden, die Opfer, die Täter, die Mitläufer – all das beschreibt nicht annähernd vollständig den Alltag der DDR.“

Da ich keine Sozialwissenschaftlerin oder Historikerin bin, kann ich hier nicht die neuesten Erkenntnisse über die Struktur oder das innere Wesen der Deutschen Demokratischen Republik vortragen. Das können andere viel besser. Aber ich kann vielleicht etwas vermitteln über die Widersprüche und die Zerrissenheit, mit der wir – mit der zumindest ich und viele andere – in den Westen getaumelt sind.



Ich bin als damals jüngste SPD-Bundestagsabgeordnete aller Zeiten in den Westen gekommen, genauer gesagt nach Bonn. Dass das im Westen irgendwie anders lief als bei uns, wurde mir spätestens in dem Moment klar, als ich in der Fraktion ganz arglos gefragt habe, wo denn hier der Kindergarten sei. Da wurde mir erklärt, dass es zwar einen Kindergarten gäbe, dass der aber nicht für die Kinder von Abgeordneten sei, sondern ausschließlich für die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundestages. Ich bin da von wirklich sehr netten Kolleginnen und Kollegen eindringlich davor gewarnt worden, meinen kleinen Sohn in den Sitzungswochen mit nach Bonn zu bringen. In letzter Konsequenz war es die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die eine Ausnahmegenehmigung erwirkt hat, und dann durfte mein Kleiner doch in den Bundestagskindergarten. Damals begann für mich das, was wir heute auf Neudeutsch oder auf Soziologendeutsch als „Transformationsprozess“ bezeichnen. Dabei habe ich es viel besser gehabt als viele Millionen von Menschen. Ich habe nicht meine Arbeit verloren, und ich musste auch nie für einen Hungerlohn arbeiten, sondern ich konnte in die Politik einsteigen. Sie sehen, das hat mich bis heute nicht losgelassen.

Heute kann ich sagen, dass mich die ersten 25 Jahre meines Lebens genauso intensiv geprägt haben wie die zweiten 25 Jahre. Heute gebe ich mir Mühe, mein Bild vom Westen nicht von einzelnen Erlebnissen

dominieren zu lassen, die man nur in der Rückschau komisch finden kann. Ich denke da etwa an den „ehrlichen“ Versicherungsvertreter, der mir damals für Hunderte von Mark völlig sinnlose Versicherungen verkauft hatte. Gott sei Dank habe ich mich getraut, einem Freund davon zu erzählen, der das dann in Ordnung gebracht hat. Ich denke an die Treuhandmanager, die florierende Unternehmen ausgeplündert und sich hinterher über die „blöden Ossis“ totgelacht haben. Und ich denke an die Abtreibungsdebatte, der wir Ostfrauen auf einmal ausgesetzt waren. Dem hat später ein niedersächsischer Kriminologe die Krone aufgesetzt, als er erklärte, die Gewaltbereitschaft ostdeutscher Jugendlicher sei vor allem eine Folge der DDR-Erziehung, womit er auch die Töpfchen in den Kinderkrippen der DDR meinte. Oder ich denke an das vom „Spiegel“ im Jahr 1995 aufgedeckte Milliardengrab Aufbau Ost, in dem es unter anderem um die berühmten beleuchteten Fahrradwege ging, die uns bis heute das Leben bei der Ostförderung schwer machen. Diese Aufzählung könnte ich noch weiter fortsetzen.

Nicht jeder kann über diesen ganzen Irrsinn im Rückblick Witze machen. Das, was heute als „Transformation“ beschrieben wird, haben viele Ostdeutsche als eine Serie von Nackenschlägen, von Niederlagen und als Demütigung erlebt. Transformation kann eben auch bedeuten, dass sich stolze und selbstbewusste Menschen in schweigsame und verbitterte Menschen verwandeln, die sich fühlen wie Fremdlinge im eigenen Land. Es gibt eben nicht nur die strahlenden Sieger, die erfolgreichen Jungunternehmer, die umjubelten Künstler. Es gibt auch die Verlierer. Aber es ist und bleibt wie bei Brecht: „Man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“

Ich habe durchaus große Sympathien mit dem von Wolfgang Engler geprägten Begriff von den „Ostdeutschen als Avantgarde“, und ich habe mir das in der politischen Argumentation gerne zu eigen gemacht. Aber beim Titel der heutigen Veranstaltung denke ich auch daran, was wir nicht vergessen sollten – und das ist nun einmal die Solidarität. Das ist tatsächlich das, worin unsere Stärke besteht. Ich möchte bei aller Zuversicht und bei allem Optimismus nicht, dass die Gescheiterten und Verbitterten einfach vergessen werden. Das sind wir ihnen und auch

uns selbst schuldig. Und wo immer das möglich ist, möchte ich ihnen den Respekt verschaffen, den sie verdienen, denn auch sie haben sich vor 25 Jahren mit großen Hoffnungen und Träumen aufgemacht.

„Wir sollten die Solidarität nicht vergessen – das ist das, worin unsere Stärke besteht.“

Sie haben es längst bemerkt: Ich habe das, *was war*, längst verlassen. Ich bin bei dem angekommen, *was ist*, und eigentlich auch schon bei dem, *was bleibt*. Was wir haben, ist ein Land voller Widersprüche und ungelöster Probleme. Ein Land, in dem die Angleichung der Lebensverhältnisse und die soziale Einheit nach wie vor ganz oben auf die politische Agenda gehören. Ein Land, in dem wir Ostdeutschen längst angekommen sind und in dem wir uns komischerweise trotzdem immer noch als Ostdeutsche fühlen. Wahrscheinlich ist das aber eine Generationenfrage. Ich bin daher sehr gespannt, welche Schlüsse in der nun folgenden Diskussion aus den Transformationserfahrungen zur Gestaltung der künftigen Gesellschaft gezogen werden.

Was bleibt nun letztlich von der Deutschen Demokratischen Republik? Bleibt sie nur eine sehr lange und interessante Fußnote der Geschichte, wie der Schriftsteller Stefan Heym am Ende seines Lebens glaubte? Bleiben Rotkäppchen-Sekt, die Nuss-Nougat-Creme Nudossi und Riesaer Teigwaren? Bleibt überhaupt irgendetwas? Man kann hier nur spekulieren. In letzter Konsequenz bleibt wahrscheinlich immer genau das, was wir bewahren und nicht in Vergessenheit geraten lassen wollen. Das ist das eine. Und zum anderen finde ich, dass wir wirklich stolz sein können auf das, was wir erreicht haben. Dieser Stolz, der soll bleiben, das wünsche ich mir. Zur Bescheidenheit oder gar Demut haben die Ostdeutschen jedenfalls keinen Anlass, und erst recht nicht zur Dankbarkeit. Wir haben reichlich Erfahrungen aller Art gesammelt. Wir sitzen nicht mehr hinter der Mauer und machen mit glänzenden Augen die Westpakete auf.



REFLEXIONEN ÜBER DIE DEUTSCHE EINHEIT UND 25 JAHRE TRANSFORMATIONSPROZESS



GESPRÄCH mit

Robert Ide

Ressortleiter Berlin/Brandenburg beim Tagesspiegel

Marco Kreuzpaintner

Filmregisseur, Drehbuchautor und Produzent

Suse Lempe

Landwirtin in Lommatzcher Pflege

Tanja Münch

Lehrerin an einem Gymnasium in Berlin-Schöneeweide

Bettina Schulze

Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Bundestag

Deniz Utlu

Autor und Leiter der Literaturwerkstatt „Rauß – Neue Deutsche Stücke“

Moderation: **Abini Zöllner,**

Leitende Redakteurin in der Berliner Zeitung

Kurzbiografien

Robert Ide, geb. 1975 in Sachsen, studierte Politische Wissenschaften in Berlin und forschte zur Geschichte der DDR. Er leitet die Berlin/Brandenburg-Redaktion der Zeitung „Der Tagesspiegel“ und schrieb das Buch „Geteilte Träume“, in dem er den Generationenkonflikt zwischen jungen und alten Ostdeutschen nach der Wende reflektiert.

Marco Kreuzpaintner, geb. 1977 in Bayern, studierte Kunstgeschichte in Salzburg. Das Filmhandwerk erlernte er autodidaktisch bei Tätigkeiten in der Film-, Werbe- und Musikvideoproduktion. Viele seiner Filme erhielten Preise, z. B. „Willkommen in Amerika“ und „Krabat“. 2009 gründete er in Berlin die Produktionsfirma Summerstorm Entertainment.

Suse Lempe, geb. 1973 in Baden-Württemberg, Tochter eines 1953 aus der Sowjetzone geflüchteten Großbauern. Nach 1989 Wiedereinrichtung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes in Lommatzscher Pflege (Sachsen) und Studium der Landwirtschaft in Stuttgart-Hohenheim. Sie lebt und arbeitet mit der Familie auf ihrem Hof und ist Mitglied des ost-west-forums Gödelitz e. V.

Tanja Münch, geb. 1975 in Berlin-Pankow, aufgewachsen in Berlin und Wien. Nach Studium und Referendariat bis 2011 als Lehrerin, Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig, u. a. in Potsdam und an der Humboldt-Universität zu Berlin; derzeit Lehrerin für Bildende Kunst, Deutsch und Französisch an einem Gymnasium in Berlin-Schöneweide.

Bettina Schulze, geb. 1981 in Brandenburg, Studium der Verwaltungswissenschaft in Potsdam, zunächst Studienkoordinatorin an der Universität Ulm (Baden-Württemberg), 2011 Rückkehr nach Berlin als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag, 2006 Eintritt in die SPD, von 2007 bis 2013 in leitenden Positionen bei den Jusos.

Deniz Utlu, geb. 1983 in Niedersachsen, ist freier Autor von Kurzprosa, Erzählungen, Lyrik und Essays in Berlin sowie Gründer und Herausgeber des Kultur- und Gesellschaftsmagazins freitext. Er kuratiert Lesereihen im Ballhaus Naunynstraße, in der Werkstatt der Kulturen sowie im Maxim Gorki Theater in Berlin. 2014 erschien sein Debütroman „Die Ungehaltenen“, in dem er sich mit Aspekten der Wiedervereinigung auseinandersetzt.



Analytische Kommentare

Dr. Angela Borgwardt

Wissenschaftliche Publizistin



Um den subjektiven Ansatz der Gesprächsrunde zu verdeutlichen, werden in den folgenden Aufzeichnungen die Diskutierenden möglichst oft selbst zu Wort kommen. Dahinter steht der Gedanke, dass persönliche Erinnerungen und Reflexionen in der eigenen Sprache ihren besten Ausdruck finden.⁸

Die Diskussionsbeiträge werden von **analytischen Kommentaren** begleitet, um die verschiedenen Aussagen thematisch einzubinden und Zusammenhänge zu verdeutlichen. **Individuelle Erzählungen werden auf diese Weise mit der kollektiven Geschichte verknüpft.**

[8] Die Zitate der Diskussionsteilnehmenden wurden im Sinne eines besseren Verständnisses sprachlich überarbeitet und zum Teil gekürzt, aber inhaltlich nicht verändert.

So können subjektive Sichtweisen auch wichtige Erkenntnisse über gesellschaftliche Strukturen und soziale Prägungen erbringen, die über Einzelbiografien hinausgehen.

„Ich glaube schon, dass wir aus dem Subjekt heraus und aus unseren Erinnerungen der Kindheit, wenn wir darüber reden, auch zu einer Form von Wahrheit gelangen können. Aber es ist keine politische Analyse.“
(Deniz Utlü)

„Die Umbrucherfahrung als Kind hat auch für das spätere Leben Bedeutung. Man ist vielleicht ein bisschen sensibler für soziale Probleme, für Umbrüche, oder für die Tatsache, dass es im Leben nicht immer nur aufwärts geht. (...) Der Alltag ist nicht sicher, es können immer auch Brüche passieren. Diese Erfahrung hat meine Generation gemacht, auch wenn wir teilweise noch sehr jung waren.“ (Bettina Schulze)

„Ich denke, Biografien können viel erzählen.“ (Tanja Münch)



Robert Ide und Bettina Schulze

Wie hat der Mauerfall Ihr Leben verändert?

Die heutige Generation der 30- bis 40-Jährigen war zu Zeiten des Mauerfalls zwischen fünf und 15 Jahre alt.

Für ein in Ostdeutschland aufwachsendes Kind waren die Folgen der tief greifenden Veränderungen sehr genau spürbar.

Der Umbruch brachte viel Unsicherheit mit sich ...

„Als Kind habe ich natürlich noch nicht begriffen, was damals passiert ist. Aber man spürt auch als Kind, dass sich unwahrscheinlich viel verändert, dass eine große Unsicherheit da ist, dass plötzlich auch die Erwachsenen gar nicht mehr so richtig wissen, was jetzt eigentlich passiert.“ (Bettina Schulze)

„Als der Mauerfall kam, dachte ich: ‚O Gott, jetzt kann ich gar nicht mehr Sportreporter werden, weil ich diese ganzen Westsportler gar nicht so genau kenne!‘ (...) Und dann gab es eine ganz lange Phase, wo ich total unsicher war, was ich werden soll. Und diese Unsicherheit (...) habe ich auch sehr bei meinen Eltern gemerkt. Meine Mutter war bei ‚Interflug‘ und ist dann arbeitslos geworden.“ (Robert Ide)

Der Umbruch ermöglichte aber auch die **wichtige Erfahrung, diese Unsicherheit überwinden zu können** – was im späteren Leben präsent bleibt.

„Diese Unsicherheit habe ich mir insofern bewahrt, dass ich weiß, wir können sie überwinden. Wir haben das ja geschafft – auch meine Eltern nach und nach. (...) Das ist geblieben. Insofern hat sich sehr viel für mich verändert.“ (Robert Ide)

Man konnte hautnah erleben, dass **alte Zwänge wegfielen und neue Freiheiten entstanden**, etwa bei der Ausbildungs- und Berufswahl.

„Ich war 14 Jahre alt (...) und bin um viele Initiationsriten herumgekommen. Das habe ich damals sehr klar wahrgenommen – Stichwort Wehrerziehung. Das lief alles vor meinen Augen ab, aber ich war nicht mehr betroffen und beteiligt. Ich musste als erste keine Russischprüfung und auch keine Sportprüfung mehr machen – das hat mich sehr gefreut. (...) Ich war auch die erste, die ein Abitur nach westdeutscher Prägung machen durfte. Das heißt, ich konnte meinen Neigungen entsprechend Kurse wählen und viel Zeit mit Dingen zubringen, für die sich eigentlich kein Mensch interessierte, zum Beispiel mit meinen Bildern. Das erstreckte sich auch auf die Studienwahl. Es war für uns zu diesem Zeitpunkt ja nicht selbstverständlich, Fächer frei wählen zu dürfen, an eine Universität zu gehen und sich einfach einzuschreiben.“
(Tanja Münch)

Alte Autoritäten wurden infrage gestellt bzw. galten nicht mehr, Eltern und Lehrer erschienen orientierungslos. In einer Zeit allgemeiner Verunsicherung eröffneten sich für Heranwachsende auch neue Gestaltungsfreiräume.

„Was mich damals eher positiv berührt hat, war die Erfahrung, dass die Autoritäten, erwachsene Autoritäten ins Wanken kamen. Das heißt, Eltern und Lehrer mussten sich neu orientieren. Die haben mich also nicht gestört, von ihnen ging wenig Druck aus.“ (Tanja Münch)

Der Wegfall der Zensur war mit **neuen beruflichen Möglichkeiten und Freiheiten** verbunden.

„Also einfach mal schreiben zu können, was man will. Das mache ich beim Tagesspiegel. Ich kann schreiben, worüber ich will, was ich will. Wenn ich es halbwegs gut begründen kann, darf ich da alles machen – und das finde ich großartig.“ (Robert Ide)



In der Umbruchzeit waren manche Jugendliche auch **enttäuscht, weil die Bevölkerungsmehrheit die schnelle Wiedervereinigung wollte**, statt einen neuen politischen Weg einzuschlagen.

„Was mich damals als Ostdeutsche eher negativ berührt hat, das war diese Massenbegeisterung für den schnellen Anschluss und für die schnelle Vereinigung, weil der tragende Impuls ein sehr materieller war, glaube ich.“ (Tanja Münch)

In Westdeutschland ist der Mauerfall ein deutlich weniger einschneidendes Erlebnis. Ein Popsong kann auf ein Kind einen deutlich stärkeren Eindruck machen als das Ereignis selbst ...

„Für mich war es David Hasselhoff, der beim Mauerfall ‚I’ve been looking for freedom‘ gesungen hat. (...) Ich war sechs oder sieben Jahre alt. Den Song habe ich geliebt. (...) Und er hat mich dann die nächsten zwei Jahre begleitet.“ (Deniz Utlu)

... was die **unterschiedlichen Erfahrungswelten in West und Ost** sehr deutlich macht.

„Es hat wahrscheinlich einen Grund, dass ich erst einmal nur eine David-Hasselhoff-Geschichte zu erzählen habe, nämlich: Was war aus der Perspektive eines Kindes im Westen bei der Wiedervereinigung ein einschneidendes Erlebnis? Ein Pop-Song. Das erzählt, glaube ich, ziemlich viel.“
(Deniz Utlu)

Im Westen war nicht immer gleich erkennbar, **was das historische Ereignis „Mauerfall“ mit dem eigenen Leben zu tun haben könnte.**

„Als Bayer (...) hatte ich erst einmal mit Ost und West gar nichts zu tun. Darin liegt für mich aber genau die persönliche Erfahrung damit (...). Dann kam die Wiedervereinigung, der Fall der Mauer (...). Ich kam aus einem ziemlich unpolitischen Haus. Ich erinnere mich noch an das Bild: Meine Mutter bügelte und ich heulte, ob der Bilder, die ich sah, und dann sagte ich: ‚Mama, wie kannst du da einfach so weiterbügeln?‘ Und sie sagte: ‚Wieso? Das hat doch nichts mit uns zu tun.‘ Dass es doch was mit uns zu tun haben sollte, ganz bald, zeigte sich etwa eine gute Woche später, als die ersten neuen Mitschüler aus der DDR eintrafen.“ (Marco Kreuzpaintner)

Der Fall der Mauer brachte die Menschen aus Ost und West persönlich zusammen. Dabei konnte man **systemübergreifende Gemeinsamkeiten** feststellen.

„Für mich hat das persönlich einschneidende Erlebnis beim Mauerfall etwas mit Vereinigung zu tun, und zwar ganz persönlich. Ich bin als einer von zwei Söhnen einer alleinerziehenden Mutter groß geworden, wir hatten nicht besonders viel Geld. Ich hab immer sehr seltsame Second-Hand-Klamotten tragen müssen, und sah also nicht so viel anders aus als die Bilder von den Jungs und Mädels in der DDR. (...) Eigentlich war ich der Ostler bei uns im Westen. Zudem bin ich auch noch am reichen Chiemsee groß geworden, zwischen Jetset-Jungs und -Mädels, wo ich nicht dazupasste.“ (Marco Kreuzpaintner)



Marco Kreuzpaintner



Deniz Utlu

Die politische Vereinigung ermöglichte auch die **persönliche Vereinigung, eine Liebesbeziehung** zwischen zwei Menschen.

„Und da kam jemand, der hieß Yves. Und Yves hatte genauso beschissene Klamotten an wie ich und war mir deswegen schon grundsympathisch, weil ich dachte: Da bist du nicht mehr allein (...) hier in der Klasse. Dann habe ich mich neben Yves gesetzt und so in kapitalistisch, west-deutscher Art erst einmal meine Freundschaft damit besiegelt, dass ich ihm meinen Gameboy geschenkt habe. Ich dachte, dann ist er schon mal ein bisschen angekommen, dann hat er schon mal einen Gameboy. Das war ein großzügiges Geschenk für mich (...). Und – deshalb habe ich die Vereinigung angesprochen – Yves war auch meine erste Liebe. Ich habe mich in ihn verknallt und er war dann mein erster Freund. Das war für mich wahrscheinlich das einschneidendste Erlebnis: Meine erste amouröse oder erotische Erfahrung hatte ich mit Yves aus der DDR, der bei uns ankam und die gleichen beschissenen Klamotten anhatte wie ich.“ (Marco Kreuzpaintner)

Durch die Maueröffnung bot sich auch die Möglichkeit, **die ideologischen Bilder zu überprüfen und ein realistischeres Bild auf das andere Deutschland zu gewinnen.**

„Wir haben nach der Wende einen Ausflug nach Ostdeutschland gemacht. Man hatte mich darauf vorbereitet, dass alles jetzt ganz anders ist, ich beträte eine andere Welt. Und dann waren wir da, und da waren Straßen und Häuser und Autos, und ich war so was von enttäuscht! Es war für mich keine andere Welt und ich habe gesagt: ‚Warum ist das eine andere Welt?‘ Und dann hat mein Vater gesagt: ‚Hier waren die Russen.‘ Das habe ich aber auch nicht verstanden, weil Russland für mich etwas war, das ganz, ganz, ganz weit weg ist und schwer zu erreichen und tatsächlich eine andere Welt.“ (Deniz Utlu)

Durch den Fall der Mauer bekamen die Menschen in Ostdeutschland die Chance, sich frei in der Welt zu bewegen und überall hin reisen zu können. Doch die **Ausländerfeindlichkeit** in einigen ostdeutschen Regionen wurde für manche Menschen zu einer **realen Bedrohung und schränkte ihre Bewegungsfreiheit stark ein**.

„Als ich vor zehn Jahren aus Hannover nach Berlin gezogen bin und ich mir hier ein Leben aufgebaut habe, hatte ich den Eindruck, dass es plötzlich Orte gibt, wo ich nicht einfach so spazieren gehen kann. Sozusagen No-Go-Areas. Wenn Freunde davon gesprochen haben, dass sie an Wochenenden nach Brandenburg rausfahren, weil es da so schön ist, habe ich das schon mal mitgemacht und ich fand es auch schön. Aber dann sind Dinge passiert, die nicht so schön waren, zum Beispiel als ich als Autor in Eberswalde für eine Lesung eingeladen war. Weil es eine politische Lesung war, habe ich damals gesagt, ich möchte da nicht alleine hin, ich möchte abgeholt werden. Tatsächlich habe ich später im Radio gehört, genau an dem Bahnhof, wo ich ankommen sollte, wurde ein Tunesier von Neonazis zusammengeschlagen. (...) Was also für einige zu einer freien Bewegung geworden ist, ist in der Post-Wendezeit für andere zu einer Art Gefängnis geworden.“ (Deniz Utlü)



Marco Kreuzpaintner und Albin Zöllner

Welche Erinnerungen haben Sie an die DDR?

Die Generation der heute 30- bis 40-Jährigen **hat sehr unterschiedliche Erinnerungen** an ihre Kindheit und Jugendzeit in der DDR – je nachdem, in welcher Familie bzw. unter welchen Bedingungen sie aufgewachsen sind.

Waren die Eltern zum Beispiel „Reisekader“, konnten auch die Kinder ins westliche Ausland reisen. Die Kehrseite: eine **ständige Überwachung des Staates** und ein **Schweigen in der Familie über Politik**.

„Ich habe keine DDR-typische Biografie. Meine Eltern waren beide Reisekader, das heißt, ich habe einen Teil meiner Kindheit in Wien verbracht. Für mich war die DDR nicht das langweiligste Land der Erde, wie Volker Braun einmal sagte – für viele andere war es das aber mit Sicherheit. Die Kehrseite dieser ‚hohen Verantwortung‘ meiner Eltern (...) war: ständig unter Überwachung zu stehen. Diese Überwachung – spürbar, sichtbar für mich auch als Kind – führte dazu, dass meine Eltern mich in einer politischen Naivität belassen haben, das heißt, es wurde über viele Dinge nicht gesprochen, aus Angst, dass ich meine Eltern mit meinen Äußerungen belasten könnte.“ (Tanja Münch)

Die **Diktaturerfahrung** wurde für Menschen, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden, zu einer stark prägenden, häufig auch **traumatisierenden Erfahrung**.

„Ich habe es als Kind nicht so empfunden – vielleicht zunehmend gegen Ende der 80er Jahre. Nach der Wende ist mir aber im Austausch mit meinen Eltern klar geworden, dass ich Kind einer Diktatur bin, und dass ich deutlich Diktaturerfahrung gemacht habe. Mit Sicherheit sind viele Menschen durch diese Diktaturerfahrung auch traumatisiert worden, so normal das Leben in Teilen auch zu sein schien.“ (Tanja Münch)

Auch Kinder haben **frühe Erfahrungen mit Zensur** gemacht, zum Beispiel bei einer Schülerzeitung.

„Ich wollte Journalist werden. (...) Schon zu DDR-Zeiten hatte ich eine kleine Schülerzeitung. Da konnte man ja nichts kopieren, also habe ich die Texte handgeschrieben und mit einem Nagel im Klassenraum befestigt. Ich habe auch Umfragen unter den Schülern gemacht, zum Beispiel zur Frage: Wie findet Ihr das Schulessen? Und dann kamen Antworten wie: ‚Nicht so gut, wir müssen so lange anstehen und dann werden die Kartoffeln kalt und so.‘ Irgendwann wurde ich ins Sekretariat bestellt und da hieß es: Umfragen sind in der DDR verboten. Das hatte ich nicht gewusst! Daraufhin dachte ich, vielleicht will ich doch nicht Journalist werden. Oder ich werde Sportreporter, weil: Wenn eine Mannschaft 1:2 verliert, dann kann ich nicht sagen, die gewinnt 2:1, weil ja jeder sieht, dass sie 1:2 verliert.“ (Robert Ide)

Die **Verbote und Grenzen einer Diktatur** waren auch für Kinder und Jugendliche wahrnehmbar, konnten aber erst später einem politischen System zugeordnet werden. Umso wichtiger wurde die gemeinsame Erfahrung, die Diktatur mit einer **Friedlichen Revolution** überwunden zu haben.

„Ich habe als kleines Kind die Mauer fotografiert, weil ich einen Fotoapparat geschenkt bekommen hatte. – Ich rannte in den Fotoladen und gab den Film ab (...). Eine Woche später bekam ich die Fotos zurück, und es waren alle dabei, bis auf die Fotos von der Mauer. Die Negative waren auch weg. Was war das denn sonst als eine Diktatur? Als Kind habe ich das natürlich noch nicht begriffen. Damals habe ich nur begriffen: Ok, die Mauer fotografiere ich jetzt nicht mehr. Aber im Nachhinein habe ich schon verstanden, dass die DDR eine Diktatur war. Dass wir es trotzdem alle miteinander aushielten und es geschafft haben, den ganzen Blödsinn abzuschaffen – das ist doch super!“ (Robert Ide)



Tanja Münch und Deniz Utlu

Wenn die Eltern die DDR verlassen hatten und später zu Verwandtenbesuchen in die DDR reisten, blieb immer die **Angst, nicht mehr in den Westen zurückkehren zu können**.

„Wir haben auch eine Reise gemacht, den väterlichen Hof zu DDR-Zeiten besucht. (...) Schon in der Vorbereitung hat sich mein Vater überlegt, auf der Rückreise nicht den gleichen Grenzübergang zu nehmen. Wir sind dann über Tschechien wieder zurück, weil immer noch die Angst da war, dass man ihn möglicherweise dort behalten könnte.“ (Suse Lempe)

Die Erinnerungen an die DDR unterscheiden sich so stark, dass sich die Frage stellt, wo die **Gemeinsamkeiten** liegen.

„Wenn ich mich in meinem Freundeskreis umhöre – ich kenne Menschen aus ganz unterschiedlichen Milieus –, denke ich, dass das, (...) woran wir immer anknüpfen, wenn wir versuchen, einen gemeinsamen Nenner zu finden, das Stichwort ‚Heimat‘ ist. Also, wenn man überlegt: Was bleibt eigentlich? Woran erinnern wir uns gemeinsam? Denn unsere Erinnerungen unterscheiden sich eben ganz massiv. So sehr, dass ich denke, wir wären vor 20 Jahren vermutlich nicht so leicht ins Gespräch gekommen.“ (Tanja Münch)

Für die im Westen lebenden Kinder und Jugendlichen **prägten oft „Ostpakete“ das Bild des anderen deutschen Staates** – was nicht unbedingt das Verständnis für die Menschen auf der anderen Seite unterstützte.

„Ich habe miterlebt, wie meine Mutter Ostpakete gepackt hat, und die Sorge hatte: Was darf rein, was nicht? Zeitungspapier durfte überhaupt nicht rein. Unbedingt dabei sein mussten Damenstrumpfhosen und eine Dose Ananas und Kaffee, aber nur von der Marke X ... Und dann, was mich damals fassungslos machte: Jede Menge Snickers, Mars ... Das, was wir im ganzen Jahr nicht zu Gesicht bekommen hatten, bekamen nun die ‚armen Opfer‘ im Osten. Im Gegenzug erhielten wir meist ein Paket mit einem Dresdner Stollen. (...) Damals war das für mich staubiges Gebäck. Ebenso war der Erzgebirgsschmuck für mich Biedermeier-Dekoration. Inzwischen lebe ich eine Weile im Osten, da haben diese Dinge eine andere Bedeutung für mich. Seit ich die Menschen kennengelernt habe und auch verstanden habe, was dahintersteckt und welche Identifikation damit verbunden ist, bewerte ich das alles ganz anders. Aber das waren meine Kindheitserinnerungen.“ (Suse Lempe)



Suse Lempe und Tanja Münch

WIE BEWERTEN SIE DAS LEBEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND?

Sind die Grundrechte, für die die Ostdeutschen in „Wende“-Zeiten gekämpft haben, in der Bundesrepublik **verwirklicht**?

„Wir haben ja damals für ein paar Freiheiten gekämpft: Reisefreiheit, Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit, Redefreiheit und auch Religionsfreiheit (...). Aber was haben wir daraus gemacht? (...). Jetzt haben wir Informationsfreiheit und werden möglicherweise missbräuchlich kontrolliert – Stichwort NSA. Wir haben Reisefreiheit, aber nicht jeder kann sich eine Reise leisten. Wir haben Meinungsfreiheit: Man kann zwar alles sagen, aber es wird nicht immer oder nur selten zugehört. Was haben wir denn nun erreicht?“ (Abini Zöllner)

Eine große Qualität der bundesrepublikanischen Demokratie wird darin gesehen, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht, **seine Meinung frei äußern und reisen zu können** – ein wichtiger Unterschied zur DDR.

„Wir haben zumindest die Freiheit, darüber zu sprechen, das ist schon eine Menge wert, finde ich. Und zum Thema Reisefreiheit und dem Argument ‚Wir können es uns nicht leisten‘ (...). Es ist doch immer billiger geworden, irgendwohin zu fahren! Man kann zum Beispiel auch nach Bayern fahren und dort wandern. Das konnte ich vorher nicht. Das empfinde ich erst einmal als Gewinn.“ (Robert Ide)

Zudem können **die Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie politische Grundsatzfragen und Entscheidungen mit beeinflussen**, wie das Beispiel der Bürgerinitiative für ein Volksbegehren zur Bebauung des Tempelhofer Felds in Berlin gezeigt hat.

„Das entsteht alles aus einer Bürgerbewegung. Ist doch super. Jetzt muss der Berliner Senat erklären, was er vorhat. Und die Leute (...) können entscheiden, ob sie dafür oder dagegen stimmen. Und das empfinde ich schon als Fortschritt. Das darf man nicht vergessen, bei aller Kritik.“ (Robert Ide)

Und auch wenn die Demokratie noch Defizite aufweist – **jeder kann und sollte sich für Verbesserungen engagieren.**

„Natürlich gibt es viele Sachen, die mich stören – und das sage und schreibe ich auch –, aber es gibt auch viele Möglichkeiten, zumindest (...) im Kleinen Veränderungen zu erreichen. (...) Ich sage im Nachhinein: ‚Natürlich war die DDR von A bis Z eine Diktatur.‘ (...) Aber ich sage deswegen noch lange nicht: ‚Das hier ist alles toll und ein Schlafraffenland.‘ (...) Wir sollten versuchen, in dieser Gesellschaft etwas zu ändern, und nicht glauben, die große Gesellschaftsutopie sei die bessere DDR gewesen – für mich nicht mehr, ehrlich gesagt.“ (Robert Ide)

Grundrechte, Demokratie und Möglichkeiten der **Bürgerbeteiligung** sind nicht ein für allemal erreicht, sondern müssen erhalten werden, indem sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv in **zivilgesellschaftlichem Engagement** dafür einsetzen.

„Ich finde Freiheitsrechte und Demokratie sehr, sehr wichtig. Wir müssen als Zivilgesellschaft sehr darauf achten, dass diese auch bestehen bleiben. Man sieht ja beim Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, dass hinter verschlossenen Türen irgendwelche Dinge verhandelt werden. Genau das sollte nicht passieren, sondern wir sollten zum Beispiel unsere Rechte, Informationen zu bekommen, auch wirklich wahrnehmen.“ (Bettina Schulze)

Es bleibt eine zentrale Aufgabe, mehr **soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabechancen für alle Menschen zu erreichen.** Nur dann kann eine lebendige Demokratie entstehen.

„Es sollten alle Menschen an diesen Freiheiten teilhaben können. Es fängt bei sozialer Gerechtigkeit an. Viele Menschen können sich keinen Urlaub leisten – egal wohin, sie können sich einfach keinen Urlaub leisten. Das ist schlecht. Es gibt Leute, die haben keine Chance im Bildungssystem und können dadurch zum Beispiel nicht die notwendige Bildung erlangen, um an der Demokratie teilzuhaben. All diese Probleme muss man lösen. Man kann nicht einfach sagen: ‚Wir haben diese Freiheit‘, sondern man muss sie jeden Tag aufs Neue erkämpfen. Und man muss erkämpfen, dass die Menschen wirklich teilhaben können und sich nicht von der Gesellschaft verabschieden, auch vom politischen System, und dann gar nicht mehr daran teilnehmen.“ (Bettina Schulze)



Jeder ist gefragt, Demokratie zu verwirklichen und in seinem unmittelbaren Umfeld anzufangen. Die Verantwortung kann nicht nur beim Staat gesehen werden – notwendig ist auch **Eigeninitiative und Selbstverantwortung.**

„Wir sollten auch Kleinigkeiten ins Auge fassen und uns zum Beispiel dafür einsetzen, dass jeder sein soziales Auskommen hat und reisen kann. Wir sollten das aber nicht immer an eine Regierung oder an den Staat delegieren – es sind doch wir, die letzten Endes dafür sorgen müssen! Es gibt benachteiligte Menschen, und wir können auch in unserem Umfeld diesen Menschen helfen und sie finanziell unterstützen (...). Ich finde schon, dass auch Selbstverantwortung gefordert ist. Man sollte nicht immer nur sagen: ‚Macht Ihr da oben das mal.‘ Diese Haltung, wie sie gerade in Europa verbreitet ist, diese grundsätzliche Sozialstaatshaltung, die nervt mich – abgesehen davon, dass ich total an den Sozialstaat glaube, vor allem, um die Benachteiligten zu schützen.“ (Marco Kreuzpaintner)

Notwendig erscheint **politisches Engagement und der Kampf für die eigenen Werte.**

„Ich versuche ein politisches Bewusstsein darüber zu behalten, dass eine grundlegende Änderung (...) zu Gerechtigkeit möglich ist – aber man muss dafür kämpfen.“ (Marco Kreuzpaintner)

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist ein hoher Wert.

„Ich bin (...) recht glücklich, dass wir in Deutschland eine repräsentative Demokratie haben (...). Ich bin froh, dass es einen Mainstream-Filter gibt und wir eine freiheitlich-demokratische Grundordnung als Basis haben. Meinungen, die diese Basis infrage stellen, haben es erst einmal schwer. Das finde ich richtig.“ (Deniz Utlü)

Es werden aber auch kritische Tendenzen der bundesrepublikanischen Demokratie benannt, zum Beispiel

Keine überzeugende Flüchtlings- und Asylpolitik:

„Wenn man zum Beispiel über Grenzen spricht – Stichwort ‚Europa als Festung‘. Flüchtlingsboote, die im Mittelmeer untergehen. Kritisch finde ich, dass kurz nach der Wende Artikel 16 im Grundgesetz verändert wurde, der Asylparagraf. Das war nach den Anschlägen in Rostock-Lichtenhagen ... Daraus zog man dann den Schluss, dass eines der 20 Grundrechte verändert werden sollte – das ist danach nicht mehr passiert und vorher war es auch noch nicht passiert.“ (Deniz Utlü)

Zu großer Einfluss der Wirtschaft auf die Politik:

„Manchmal hat man heute den Eindruck, bei der Wahl auch das Kreuz bei BMW, BASF, Siemens zu machen, oder international bei General Electrics usw. Das ist meine persönliche Empfindung. Dennoch gebe ich die Hoffnung nicht auf, weil ich sage: ‚Ich möchte es denen nicht völlig überlassen.‘“ (Marco Kreuzpaintner)

Westliche Investoren in Ostdeutschland, die die ländlichen Strukturen zerstören:

„Meine größte Sorge sind die westdeutschen Zugezogenen, die über Baulandflächen große Ländereien einkaufen können und dadurch einen großen Wettbewerbsvorteil haben, weil sie im Westen Bauland verkaufen, was ein ungeheurer Wertzuwachs ist, wenn sie das in landwirtschaftliche Flächen reinvestieren. Sie haben einen Steuervorteil, weil sie dieses Einkommen nicht versteuern müssen. Sie kommen auf den Markt und kaufen einfach mit utopischen Preisen, die landwirtschaftlich nicht finanzierbar sind. (...) Und so entwickelt sich mittlerweile eine zweite Art Junkerschicht heraus.“ (Suse Lempe)

Prekäre Arbeitsverhältnisse, Probleme der Kinderbetreuung:

„Es gibt viele Schwierigkeiten, mit denen wir alle zu kämpfen haben – beispielsweise prekäre Arbeitssituationen oder das Problem Kinderbetreuung, das immer noch nicht zufriedenstellend gelöst ist.“ (Suse Lempe)



Abini Zöllner



Bettina Schulze

Rechtsextremismus und Rassismus, was auf strukturelle Probleme und Versäumnisse der Politik zurückzuführen ist:

„Ich glaube nicht an die Verbindung von Rechtsextremismus bzw. rechtsextremer Gewalt und Herkunft. (...) In meiner Arbeit ist es mir immer wichtig, diese künstliche Verbindung zwischen Herkunft und Gewalt als Zuschreibung zu entlarven. (...) Rechtsextremismus ist ein Strukturproblem, wo die Politik in Westdeutschland auch sehr viel Anteil daran hat. Für meine Erfahrung als Autor, der nicht zu einer Veranstaltung in Ostdeutschland fahren kann, ohne abgeholt zu werden, ist das – unabhängig von den strukturellen Problemen – etwas ganz Persönliches. Und es bedeutet eine Einschränkung: Ich kann nicht überall hin. (...) – Es kommt allerdings auf den Kontext an. Bei dieser Lesung in Eberswalde, wo ich abgeholt werden wollte, ging es um einen Gedenktag zum Tode von Amadeu Antonio, und es war im Ort bekannt, dass ich anreisen würde – Eberswalde ist ja nicht so riesig. (...) Ich hatte diese Bedenken nie, wenn ich in Westdeutschland aufs Land gefahren bin, auch nicht, als ich zum Beispiel im Schwarzwald ein Autorenstipendium für drei Monate hatte. Aber das hat auch was mit den Medien zu tun und wie das Problem dargestellt wird. Denn ich weiß natürlich, dass es in ländlichen Gebieten in Westdeutschland, zum Beispiel in Bayern, auch Neonazis gibt. Das Phänomen Rechtsextremismus lässt sich nicht auf Ostdeutschland reduzieren, wir müssen uns seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft anschauen. Andererseits habe ich bei meinen Begegnungen mit ostdeutschen Autoren – etwa auf Veranstaltungen von Bündnissen für Toleranz – eine ganz andere Stimmung wahrgenommen als auf Lesungen in Westdeutschland. Es wurde viel sensibler zugehört und wir sind anders miteinander ins Gespräch gekommen. Das Eine schließt das Andere somit nicht aus. (...) Das Problem lässt sich nicht lokal festmachen.“ (Deniz Utlu)

Für die Demokratie muss man etwas tun. Dazu gehört, sich auch mit **undemokratischen Ideen auseinanderzusetzen**, etwa bei den rechtspopulistischen „Montagsdemonstrationen“.

„Ich finde, man muss diese Montagsdemonstrationen, die schon sehr skurril sind und zum Teil auch von Rechtspopulisten unterwandert sind, dennoch aushalten. Auch wenn es die AfD ins Europaparlament schafft, muss man das aushalten und damit umgehen. Das ist mir lieber, als wenn alles, was irgendwie rechtspopulistisch ist, von vornherein verboten wird (...). Das wäre nicht demokratisch. Dann soll ein Undemokrat wie Erdogan meinetwegen nach Deutschland reisen und seine Rede halten. Er muss dann damit klarkommen, dass viele Leute auf die Straße gehen, um gegen ihn zu demonstrieren. (...) Diese Montagsdemos sind nervig und anstrengend. (...) Aber man muss sich mit ihnen auseinandersetzen.“ (Robert Ide)



Deniz Utlu



WIE KÖNNEN OST UND WEST GENERATIONS-ÜBERGREIFEND INS GESPRÄCH KOMMEN?

Um einen **generationsübergreifenden Diskussionsprozess zwischen Ost und West** anzustoßen, wurde zum Beispiel von sogenannten Wende-Kindern, einer Alterskohorte mit doppelter Sozialisation in Ost und West, das Netzwerk „Dritte Generation Ostdeutschland“ gegründet. Das Netzwerk will dazu beitragen, dass jüngere Ost- und Westdeutsche in einen Dialog treten und so eine **differenzierte Sicht auf die Zeit der DDR und des Umbruchs** entstehen lassen.

„Ich nehme wahr, dass die Dritte Generation sagt: ‚Ok, die jungen Leute brauchen auch eine Stimme, sie wollen auch etwas zu den Themen Wiedervereinigung, Deutsche Einheit, Unsicherheitserlebnisse ... sagen. Das finde ich sehr positiv. In diesem Netzwerk sind sowohl Westdeutsche als auch Ostdeutsche vertreten, auch das finde ich gut. Es ist als Dialog angelegt. Wenn man zum Beispiel Diskussionen über die DDR oder die BRD im Fernsehen sieht, sprechen meist alte Männer in einem bestimmten Duktus darüber. Die einen sagen: ‚Die DDR war ein Unrechtsstaat‘, die anderen sagen: ‚Die DDR war ein Paradies‘. Ich glaube, dass die junge Generation das ganz anders wahrnimmt. Und dieser differenzierte Blick fehlt häufig.“ (Bettina Schulze)

In den **Biografienworkshops** des Netzwerks erzählen sich die Angehörigen einer Generation ihre Geschichte, aber sie kommen auch mit ihren Eltern ins Gespräch, was das **gegenseitige Verständnis** stärkt.

„Und dann sprechen sie mit den Eltern darüber, zum Beispiel: Wie kam es denn zu dieser Unsicherheit zu Zeiten des Umbruchs? Oder: Warum wollt ihr denn heute keinen Antrag stellen, um zu erfahren, ob dieser Onkel bei der Stasi war? (...) Ich gehe an ein Thema vielleicht ein bisschen anders heran, weil ich Journalist bin ... Aber ich kann meine Eltern dann besser verstehen, weil ich mit ihnen darüber gesprochen habe und sie mir erklärt haben, warum sie es so sehen.“ (Robert Ide)

Im Gespräch **differenzieren sich Bilder aus**, einseitige Rollenzuschreibungen und „alte Gräben“ verlieren an Bedeutung.

„Letztlich waren Stasi-Mitarbeiter nicht nur Stasi-Mitarbeiter, sondern sie haben in Wendezeiten vielleicht auch sehr schwere Zeiten erlebt (...). Es gibt nicht nur die eine Geschichte, sondern es gibt für uns, für viele Ostdeutsche, auch immer die Geschichte danach. Die hat viele Leute wieder zusammengebracht, die vorher auseinander waren. Und das finde ich total interessant.“ (Robert Ide)

Dabei sollte **die junge Generation eine aktive Rolle übernehmen**.

„Man kann ja nicht immer nur zu den Älteren sagen: ‚Erzählt mal was‘, sondern man muss auch mal zu den Jüngeren sagen: ‚Jetzt fragt doch einmal, was ihr wissen wollt! (...) Ich finde, das wird in Ostdeutschland (...) einfach noch zu wenig getan: Fragen zu stellen.“ (Robert Ide)

Insgesamt wird die **große Bedeutung von Gesprächen zwischen den Generationen** deutlich. Die jüngere Generation sollte der Elterngeneration mehr Fragen über die Vergangenheit stellen, um so die **Sprachlosigkeit** zu überwinden.

„Ich finde es interessant und immer noch traurig, dass es in Ostdeutschland eher ein Schweigen zwischen den Generationen gibt (...). Dass nicht gefragt wird: ‚Was war denn eigentlich damals los?‘ Mit unseren Opas haben wir auch nicht darüber gesprochen, was sie im Krieg gemacht haben. Mein Opa hat mir zum Beispiel erzählt: ‚Naja, im Krieg sind Bomben gefallen, wir waren in Frankreich und in Russland und sind viel herumgekommen ...‘. Irgendwann habe ich mich aber dann gefragt: ‚Was hat er denn eigentlich genau gemacht?‘ Das war der Tag, an dem er gestorben ist. Da fiel mir diese Frage ein. Da dachte ich: ‚Ich will nicht, dass mir das bei meinen Eltern auch passiert.‘ Ich will meine Eltern fragen: ‚Was habt ihr gemacht?‘ (...) Ich glaube, es gibt immer noch Sprachlosigkeit nach so langer Zeit – in ganz vielen Kleingärten, Familien, Sportvereinen (...).“ (Robert Ide)

Im Gespräch wird auch die **biografische Vielfalt einer Generation** deutlich.

„Meine Erfahrung zeigt, dass die Menschen, die in einem ähnlichen Alter sind wie ich, sich dennoch erheblich unterscheiden: in ihren Lebensläufen, in der Art und Weise der Wendeerfahrung, in ihrer Einstellung zum neuen System (...).“ (Tanja Münch)



Suse Lempe

IST DEUTSCHLAND 25 JAHRE NACH DER DEUTSCHEN EINHEIT NOCH EIN GETEILTES LAND?

Im **sozialen und ökonomischen Bereich** gibt es immer noch beträchtliche Unterschiede.

„Natürlich sind wir in gewisser Weise noch geteilt. Wenn man sich die sozio-ökonomischen Daten anschaut, liegen wir Ostdeutsche, was die Produktivität und die Einkommensverhältnisse angeht, bei zwei Drittel im Vergleich zu Westdeutschland. Das kann man an ganz vielen Dingen festmachen, zum Beispiel beim Thema Rente: Wir sind rentenrechtlich immer noch Beitragsgebiet. Es gibt sicherlich in der ostdeutschen Generation der etwa 50- bis 60-Jährigen viel, viel weniger lückenlose Erwerbsbiografien als es im westdeutschen Gebiet der Fall ist.“ (Tanja Münch)

Inzwischen ist klar: Der **Angleichungsprozess hin zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West dauert lange**.

„Es stellt sich die Frage: Was haben wir in den letzten 25 Jahren dazugewonnen? Und was haben wir an Freiheiten dazugewonnen, auch im Hinblick auf dieses Gefühl, dass Freiheit keine Doktrin sein darf, sondern sich wirklich daran misst, wie frei der Einzelne ist. – Das haben wir als DDR-Bürger gelernt: Es ist ein langer Weg und ein schmerzhafter Prozess, was damals in der Euphorie von 1989 und vielleicht auch noch Anfang der 1990er Jahre schwer absehbar war – auch wenn eigentlich klar war, dass die ‚blühenden Landschaften‘ nicht so schnell erblühen würden, wie sie erblühen sollten.“ (Tanja Münch)

Nach wie vor sind **Unterschiede in der Mentalität zwischen Ost und West** spürbar, was das gegenseitige Verständnis erschweren kann.

„Vom persönlichen Erleben her merke ich schon, dass es noch einen großen Unterschied gibt: von der Mentalität her, vom Verständnis. Ich merke immer wieder, dass ich mich zurücknehme und überlege, und für mich übersetzen muss: Was ist eigentlich damit gemeint? Wieso reagiert derjenige so oder so?“ (Suse Lempe)

Menschen, die in Westdeutschland sozialisiert wurden und heute in den neuen Bundesländern leben, finden oft nur **begrenzt Zugang zu den Menschen in Ostdeutschland**.

„Es ist immer noch so, dass unser persönliches Umfeld, obwohl wir jetzt schon 20 Jahre im Osten leben, begrenzt ist auf Menschen, die früher nicht systemkonform waren, oder denen es ähnlich wie uns geht, die also vom Westen nach Ostdeutschland gezogen sind. Ich würde diese Barriere gerne verstehen wollen. Es ist ein täglicher Prozess, immer wieder; aber der Zugang bleibt irgendwo immer verschlossen (...).“ (Suse Lempe)

Für Westsozialisierte kann es schwer sein, in Ostdeutschland eine **psychologische Heimat** zu finden.

„Meine neue Heimat ist Ostdeutschland geworden, weil mein Vater den Betrieb wieder eingerichtet hat. Über einen längeren Prozess des dort Seins, des dort Arbeitens, des dort Gestaltens, Renovierens ist Ostdeutschland zu meiner physischen Heimat geworden. Die psychologische Heimat aber nicht – ich merke im täglichen Leben, dass ich westsozialisiert bin.“ (Suse Lempe)

Manchmal ist für die aus Westdeutschland Zugezogenen eine diffuse **Unzufriedenheit und Wut der Ostdeutschen** spürbar, die nicht zugeordnet werden kann.

„Wenn der Unmut oder die Wut der Ostdeutschen spürbar ist, dann steigt auch in mir die Wut und ich denke: ‚Sagt doch einfach endlich mal, was Ihr wollt!‘ (...) Wir kriegen das immer wieder zu hören: (...) Im Endeffekt sei es ja für uns leichter, weil wir aus dem Westen gekommen sind und dort auch hingehören. Und wenn dann jemand sagt: ‚Ihr seid die Art von Wessis, auf die wir schon immer gewartet haben‘, sage ich mir: ‚Ihr fahrt doch die schicken Autos! Ihr nehmt doch jede Mutter-Kind-Kur mit! Ihr reist doch nach Mallorca! Ihr wart schon öfters dort als ich.‘ – Und ich frage mich: ‚Was ist es denn, was Ihr wollt? Was habt Ihr euch vorgestellt? Benennt es doch!‘“ (Suse Lempe)

Die **Sozialisation im DDR-System hat langfristige Folgen**.

„Ich denke, dass das DDR-System einfach mehr bewirkt hat als nur, die Meinung nicht frei sagen zu können. In Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit höher. Viele sehen für sich weniger Chancen, haben das Gefühl, vom Westen überrollt worden zu sein. Das ist eine mentale Sache – sie könnten sich selber daraus lösen, aber sie haben dieses Gefühl; also verharrten sie in der Vergangenheit oder in der Lethargie.“ (Suse Lempe)

Auch der alltägliche Umgang kann schwierig sein, wenn die Menschen in unterschiedlichen Systemen sozialisiert wurden. Manchmal ist eine **große, aber unerklärliche Frustration der Ostdeutschen** wahrnehmbar.

„Es ist Frustration spürbar bei Leuten, mit denen man tagtäglich lebt, die ihre Kinder in die gleiche Einrichtung bringen, mit denen man gemeinsam Räumlichkeiten renoviert (...), also bei jenen Menschen, die sehen, wie man selber lebt und die auch davon profitieren, dass wieder etwas Neues entsteht. Das sind die Leute, die ich nicht verstehe. Natürlich gibt es auch sehr viele Menschen, die sich kritisch mit der Sache auseinandersetzen und die nicht so sind. Aber es gibt eine große Menge Frustrierter, bei denen ich nicht verstehen kann, weshalb.“ (Suse Lempe)



Frustration ist aber auch in Westdeutschland verbreitet. Es besteht der Eindruck, dass Deutsche allgemein eher frustriert sind – obwohl es den Menschen in Deutschland im internationalen Vergleich recht gut geht.

„Die Frustration gibt es ja in Westdeutschland auch, wenn auch in anderer Form. Ich glaube, wir sind Weltmeister im Frustriertsein ... – für jemanden wie mich, der relativ weit herkommt und in der Welt herumreist, ist dieser Eindruck sehr deutlich. Immer, wenn ich nach Deutschland zurückkomme, denke ich sofort, wenn ich aus dem Flugzeug aussteige: ‚Bin ich froh, dass ich wieder hier bin! Das hier ist alles wahnsinnig organisiert, geordnet, sicher, relativ unkorrupt, gut versorgt, gut ausgebildet – verglichen mit nahezu jedem anderen Land in der Welt!‘ (...) Dennoch erlebe ich keine andere Kultur als so frustriert wie unsere. (...) Und die so schlecht über sich selbst spricht. Wir müssen einmal anfangen zu sagen: ‚Verdammt, es geht uns gut hier – uns allen.‘ Auch wenn man natürlich im Einzelfall sagen kann: ‚Dem einen oder anderen geht es schlecht.‘“ (Marco Kreuzpaintner)

Im **Transformationsprozess wurden Fehler gemacht**, die nachwirken und die Annäherung zwischen Ost und West erschweren. Es gab Westdeutsche, die nach der „Wende“ im Osten in selbstbewusstem Siegestog auftraten und die Ostdeutschen spüren ließen, die „Verlierer“ zu sein.

„Und natürlich war der Westen eine Siegerkultur. Und natürlich hat das Siegersystem das Verlierersystem spielen lassen. Und natürlich sind einige Westler (...) – ich sage es jetzt mal ganz salopp – mit dicken Eiern aufgetreten und haben gesagt: ‚Haha! So funktioniert die Welt.‘“ (Marco Kreuzpaintner)

Entgegen der Vorstellung, dass es nur Einflüsse von West nach Ost gab: Auch der **Westen hat sich durch die Vereinigung verändert und intellektuell von Ostdeutschland profitiert.**

„Intellektuell gesehen habe ich das Gefühl, dass es auch einen Eliten-transfer von Ost nach West gab. Ich bin froh, dass diese spießige BRD beflügelt hat, die in ihren Strukturen völlig verhärtet war, mit ihrem absoluten Aberglauben daran, dass soziale Marktwirtschaft alles richten kann, und die vergessen hatte, dass auch andere Systeme möglich sind – wenn ich das mal so provokativ sagen darf.“ (Marco Kreuzpaintner)

Die **„Ost-West-Mauer“ in den Köpfen** ist manchmal noch sehr hoch, Ostdeutschland scheint dann weiter entfernt als Mexiko.

„Ich habe nie in diesem Ost-West-Schema gedacht (...), aber letzte Woche etwas so Lächerliches erlebt, das ich Ihnen mitteilen muss: Ich bin ja Filmregisseur und habe zum Beispiel in Mexiko den Film „Trade“ gemacht – „Willkommen in Amerika“. Da geht es um Menschenhandel zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten. Das war der erste Film, den die Vollversammlung der Vereinten Nationen gezeigt hat, um bestimmte Gesetze auf den Weg zu bringen, weil es in vielen Ländern noch keine Gesetze gegen Menschenhandel gibt. In einigen Ländern hat es daraufhin auch funktioniert, solche Gesetze zu verabschieden – dies nur zur Frage, ob Kunst etwas verändern kann. Nun zum Thema Ost-West: Letzte Woche wurde mir die Regie für einen ‚Tatort‘ im schönen Wismar angeboten. Der Produzent hat sich gefreut, dass ein Kinoregisseur bereit ist, Fernsehen zu machen. Das Projekt scheiterte dann aber am Redakteur, der die Frage stellte, ob sich ein westdeutscher Regisseur überhaupt in eine ostdeutsche Stadt eindenken kann. Ich habe dann zu meiner Agentin gesagt: ‚Kannst du bitte dort anrufen und sagen: Nein, er kann sich nur in Mexiko und in die USA und mit seinem Film Krabat ins Mittelalter eindenken, aber in Ostdeutschland eindenken ... – das fällt ihm wirklich schwer.‘“ (Marco Kreuzpaintner)



Marco Kreuzpaintner

Auch innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung gibt es **aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen und Positionen im DDR-System große Diskrepanzen**, die entscheidend dafür sind, wie gut man im neuen System der gesamtdeutschen Bundesrepublik zurechtkommt.

„Neulich wurde bei uns ein Dorfplatz eingeweiht. (...) Als wir am Tisch saßen, sagte ein Mann: ‚Ja, der Kindergarten, wenn der nicht gebaut worden wäre ...!‘ Den Kindergarten hatte er zu DDR-Zeiten (...) gegründet und musste damals eine Anzeige riskieren, weil er den Bauantrag nicht ordentlich eingereicht hatte. (...) Diesen Kindergarten habe ich als Westsozialisierte nach der ‚Wende‘ sehr genossen, weil ich mein Kind frühzeitig in eine Gemeinschaft geben konnte, wo es mit Gleichaltrigen spielen konnte. (...) Dann hat dieser Mann von seinen Heldentaten als ehemaliger Bürgermeister berichtet. Als er nach Hause gegangen war, meinte ein anderer Mann: ‚Der hat zu den Roten gehört, der ist hier im Dorf sehr verschrien‘. – Klar, der Kindergarten wurde ungerechtfertigterweise auf dem Land eines Bauern gegründet. Nach der ‚Wende‘ war nicht daran zu denken, diese Fläche wiederzubekommen. Jetzt ist der ehemalige Bürgermeister deshalb einerseits im Dorf verschrien, andererseits muss man sehen, dass er im damaligen System mit seinen Möglichkeiten etwas geleistet hat. (...) Was mir auffällt: Menschen, die zu DDR-Zeiten eine verantwortliche Position hatten oder unternehmerisch tätig waren, haben häufig ihren Freiraum gesehen, sie wollten innerhalb der Regeln des Systems etwas bewegen und konnten auch oft etwas ändern. Diese Leute haben sich dann auch im neuen System relativ gut zurechtgefunden, sie führen jetzt auf ähnliche Weise ein zufriedenes Leben. (...) Es fiel ihnen auch im neuen System leichter, sich anzupassen bzw. zurechtzufinden. Andere Menschen haben starke Brüche durch den Systemwechsel erlebt, sie wurden zu DDR-Zeiten psychologisch diffamiert, was sie zeitlebens nicht vergessen konnten. Sie waren Opfer und sind es geblieben. Für sie wäre es zwar gut, zu vergessen und sich nach vorne zu orientieren, aber sie können nicht vergessen.“ (Suse Lempe)

WAS KÖNNEN WIR FÜR EINE GEMEINSAME ERZÄHLUNG VON WEST UND OST TUN?

Für die gegenwärtige Gesellschaft Verantwortung übernehmen und Fragen stellen, damit die Welt zum Besseren verändert werden kann.

„Die schöne, heile Welt gibt es nicht. Wir müssten für die gegenwärtige Gesellschaft selbst Verantwortung übernehmen und fragen: Wenn sie nicht schön und heil ist, wie ist sie denn eigentlich? Und wie können wir sie zum Besseren verändern? (...) Ich finde Utopien wichtig, doch kann ich immer nur fragen. Wenn ich wissen möchte, in welcher Gesellschaft ich leben will, dann würde ich fragen. Zum Beispiel, welchen Schluss man aus Rostock-Lichtenhagen wirklich hätte ziehen müssen. – Nicht einfach nur das Grundgesetz verändern und den Asylparagrafen fast streichen, damit keine Asylbewerber mehr nach Deutschland kommen. Man hätte besser fragen sollen: ‚Warum ist diese Gesellschaft nicht offen und was hat das mit uns und mit mir zu tun?‘ Man sollte nicht immer nur die Verantwortung bei den Anderen suchen, bei den Ostdeutschen, bei den Türken etc. – Solche Fragen müssen wir uns stellen, dann finden wir auch neue Gesellschaftsstrukturen.“ (Deniz Utlu)



Deniz Utlu

Sich genau zuhören und Fragen stellen.

„Was ich erreichen möchte (...): dass man sich mehr zuhört, mehr fragt und genau hinschaut, zum Beispiel: Wie geht es meinem Nachbarn? Ist er gerade krank oder nicht? Kommt er nicht mehr über die Straße? Es sind die ganz einfachen Sachen. Aber genau das ist der Punkt.“ (Robert Ide)

Sich um die Belange des Nächsten kümmern.

„Der Mensch ist egoistisch – das wissen wir nicht erst seit Brecht. Jeder denkt an seinen eigenen Vorteil in seinem eigenen Gebiet. (...) Und solange wir nicht anfangen, uns um die Belange des Nächsten zu kümmern, wird es auch so bleiben.“ (Marco Kreuzpaintner)

Die anderen Menschen ernst nehmen und wertschätzen, eine „Kultur der Verantwortung“ entwickeln.

„Und so versuche ich – als Journalist, aber auch ganz persönlich – Menschen ernst zu nehmen, auch wenn sie eine Geschichte haben, die schwer zu verstehen ist, wo ich zum Beispiel denke: Eigentlich hat er oder sie doch Unrecht oder etwas Seltsames gemacht. Dann überlege ich mir ganz genau, ob es wirklich gut und richtig ist, zu schreiben, dass er oder sie sich so verhalten hat (...) Es sollte sich eine Kultur der Verantwortung entwickeln, in der man genau danach fragt, um was es geht. (...) Das Gleiche, was ich einem Politiker (...) nicht durchgehen lassen würde, würde ich einer Privatperson vielleicht durchgehen lassen (...) Diese Verantwortung habe ich gelernt. (...) Die große Revolution will ich nicht starten, aber ganz viele kleine Revolutionen – und ich glaube, die machen es.“ (Robert Ide)

Sich für die eigenen politischen Ziele einsetzen.

„Politisch finde ich unsere Generation nicht sonderlich radikal, eigentlich eher viel zu weich gespült. Ich denke, dass wir viel mehr Fragen stellen müssen, aber auch mehr für unsere politischen Belange auf die Straße gehen müssten.“ (Bettina Schulze)



Bettina Schulze

Das Gegebene kritisch hinterfragen.

„Eine Utopie wird gegenwärtig nicht mehr aufgemacht, gerade von unserer Generation, weil wir der Diktatur unseres Systems, unseres Gedankensystems, unseres kulturellen Systems, in dem wir erzogen wurden, hörig sind. Wenn man das System grundsätzlich angreift und infrage stellt, macht man sich heute lächerlich. Dann ist man ein Träumer, ein Schwärmer usw. Dabei wäre es doch eigentlich gerade wichtig, das System zu hinterfragen. (...) Ich werde in Zukunft auf alle Fälle nicht aufhören – auch, wenn ich mich dabei lächerlich machen sollte –, Dinge grundsätzlich in Frage zu stellen. Ich werde in meinem Bereich des Filmmachens versuchen – auch, wenn es kleine utopische Schritte sind –, diese Werte zu propagieren.“ (Marco Kreuzpaintner)

Mehr Genossenschaftlichkeit und herrschaftsfreie Kooperationen erreichen.

„Wenn man sich den strukturschwachen Osten anschaut, also die Fläche, denke ich, dass unmittelbares Engagement eine größere Rolle spielen müsste. Mehr Genossenschaftlichkeit, mehr herrschaftsfreie Kooperationen wären gut. Auf diese Art und Weise würde es auch gelingen, der Aushöhlung des Parteiensystems und der repräsentativen Demokratie, die wir beklagen oder vor der wir uns fürchten, entgegenzuwirken.“ (Tanja Münch)

Mitmachen, sich im unmittelbaren Umfeld engagieren.

„Ich versuche im täglichen Engagement, sei es in der Schule, sei es in Arbeitskreisen in der Landwirtschaft, sei es beim kirchlichen Engagement, mit den Leuten in Kontakt zu treten, um alte Strukturen aufzubrechen. Das ist ein ganz schwerer Prozess, wenn man möchte, dass das Hier und Jetzt und die Gestaltung der Zukunft mehr Bedeutung gewinnt als die Vergangenheit.“ (Suse Lempe)

Mehr Sicherheit – soziale Sicherheit und feste Arbeitsplätze – schaffen.

„Der aktuelle Arbeitsmarkt verlangt (...) gegenwärtig unwahrscheinlich viel Flexibilität. Ich bin nach meiner Ausbildung an der Universität nicht aus Spaß nach Baden-Württemberg gezogen, sondern weil ich hier in Brandenburg, wo ich groß geworden bin, keinen Job gefunden habe (...). Eigentlich müssten wir gegen diese Flexibilität aufstehen und wieder mehr feste Arbeitsplätze einfordern. Ebenso eine gute Kinderbetreuung. Und sagen, wir wollen mehr soziale Absicherung (...). Wenn wir uns freiwillig dazu entscheiden, nach Baden-Württemberg oder nach Bayern zu gehen – super! Aber dazu gezwungen sein, von befristeter Anstellung zu befristeter Anstellung oder von Praktikum zu Praktikum zu springen, ist keineswegs super (...).“ (Bettina Schulze)

An das Gemeinwohl und die anderen Menschen denken – und diese Werte im alltäglichen Umgang umsetzen.

„Letzten Endes kommt es immer darauf an: Denke ich nur daran, was mir gut tut, oder denke ich auch daran, was Dir oder Euch gut tut? Das ist doch der Grundgedanke von politischem Denken. Und es fängt schon damit an: Ist man freundlich, wenn man in eine Bäckerei geht? Ist man freundlich zu den Menschen, die einen am Tisch bedienen? Oder lässt man sie die kleine Machtposition spüren, die man hat, weil jemand für einen arbeiten muss, indem man sie schikaniert? Das sehe ich nämlich tagtäglich. Genau das interessiert mich als Künstler: Es ist für mich eine politische Aufgabe, genau da anzufangen – als jemand, der dankbar sein muss, dass er auf der Sonnenseite steht und dafür zu sorgen hat, dass auch die Leute in meinem Umfeld daran teilhaben können. Das heißt: meine Mitarbeiter gut zu bezahlen, ihnen die Möglichkeit zum Aufstieg zu geben, sie freundlich zu behandeln und ihnen die Chance zu geben, sich zu entfalten. Das ist das, was wir alle in unserem Umfeld tun können – mehr oder weniger.“ (Marco Kreuzpaintner)

Zukunftsvision: In einer gemeinsamen Erzählung spielen Ost-West-Unterschiede keine Rolle mehr.

„Ich möchte in den nächsten 25 Jahren erreichen, dass ich zum Beispiel in Baden-Württemberg nicht mehr gefragt werde: ‚Ost oder West‘, wenn ich sage, ich komme aus Berlin – sondern dass die Frage einfach nicht mehr gestellt wird.“ (Bettina Schulze)



